

Wahlprüfsteine des BUND Region Hannover zur Stadtratswahl Hannover 2026

Antworten der Parteien

Inhalt

Antworten Bündnis 90/Die Grünen Stadtverband Hannover	2
Antworten SPD Stadtverband Hannover	11
Antworten CDU Hannover-Stadt	24
Antworten FDP Hannover	31
Antworten Die Linke	38
Antworten Die PARTEI KV Region Hannover	46
Antworten Volt Team Hannover	51

Antworten Bündnis 90/Die Grünen Stadtverband Hannover

Verkehr

1. Was werden Sie konkret tun, um den Fußverkehrsanteil und den Radverkehrsanteil in Ihrer Amtszeit erheblich zu steigern?

Urbane Mobilität neu zu denken ist für uns Grüne ein Schlüssel für mehr Lebensqualität. Unsere Verkehrswende ist eine Frage der pragmatischen Vernunft. Wir machen es einfacher, sich bequem, klimafreundlich, zuverlässig, sicher und bezahlbar fortzubewegen. Gute Radwege und Velorouten, ein starker öffentlicher Nahverkehr und sichere Gehwege sind ein Gewinn für alle. Echte Wahlfreiheit entsteht, wenn Alternativen zum Auto im Alltag funktionieren. Stadt & Straßen werden entlastet - ein Gewinn auch für die Mobilität mit dem Auto. Mit dem Masterplan Mobilität hat Hannover bereits den Rahmen für eine Verkehrswende gesetzt. Die Priorisierung von Fuß-, Rad- und Nahverkehr ist beschlossen, um Fehlentwicklungen vergangener Jahre auszugleichen. Ihre weitere Umsetzung braucht nun Tempo, klare Entscheidungen und gut geplante Investitionen.

Zufußgehen soll wieder das werden, was es sein sollte: selbstverständlich, sicher und ein zentraler Teil urbaner Mobilität. Dazu gehören zusätzliche Überwege an Hauptverkehrsstraßen, längere Ampelphasen für Fußgänger*innen und nicht autozentrierte Schaltungen. Vor allem vor Kitas, Schulen, Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen setzen wir auf eine Beruhigung des Verkehrs und Konzepte wie zum Beispiel Schulstraßen und besonders gesicherte und barrierefreie Schulwege.

Unser Ziel ist mindestens 30 Prozent Radverkehr bis 2030. Das gelingt, wenn das Radfahren in Hannover noch selbstverständlicher, sicherer und attraktiver wird. Wir wollen die Velorouten bis 2029 fertigstellen. Zusätzlich sollen zwei neue Velorouten-Ringe die Lücken im bestehenden Netz schließen und neue durchgängige Verbindungen schaffen.

Übereinstimmung

2. Unterstützen Sie unsere Forderung: „Sanierung des Westschnellwegs im Bestand“? Welche Möglichkeiten gibt es, ohne Verbreiterung auf dem Schnellweg den Verkehr flüssig und sicher fließen zu lassen und zugleich die Anforderungen an die Vorgaben für eine Bundesstraße einzuhalten?

Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass der Westschnellweg, anders als der Südschnellweg, vom Land nicht erneut überdimensioniert als Stadtautobahn geplant wird, sondern die Planungen den Anforderungen des Klimaschutzes und der Verkehrswende Rechnung tragen - wir setzen uns für eine "Reparatur im Bestand" ein.

Übereinstimmung

3. Welche konkreten Pläne haben Sie, um den motorisierten Individualverkehr in der Innenstadt zu reduzieren und zugleich den Menschen ein schnelles und bequemes Erreichen der City zu ermöglichen?

Die Zukunft der City liegt darin, mehr zu sein als ein Einkaufszentrum unter freiem Himmel. Sie ist vor allem ein wichtiges Stück Identität unserer Stadt. Eine gelungene Innenstadt ist eine lebendige Mischung aus Handel, Gastronomie, Kultur, Wohn-, Arbeits- und Aufenthaltsraum. Dafür setzen wir das beteiligungsorientierte Konzept „Mitte neu denken – Innenstadt 2035“ der Stadtverwaltung für eine zukunftsfähige, autoarme Innenstadt für die Menschen um. Wir denken dabei ausdrücklich das integrierte Mobilitätskonzept mit, das für die menschen- statt autogerechte City steht und von der Mehrheit der Menschen gewollt ist.

Übereinstimmung

4. Welche konkreten Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität unterstützen Sie?

Wir unterstützen den Ausbau der (öffentlichen) Ladeinfrastruktur, um den Anteil an e-Fahrzeugen im Stadtgebiet zu erhöhen. Die Grüne Umwelt-Dezernentin hat dafür eine Strategie für den weiteren Aufbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur in Hannover (Drucksache Nr. 0715/2026) vorgelegt, die vom Rat am 25.06.26 einstimmig beschlossen wurde. Danach sollen in Hannover ab 2027 2.400 öffentliche Ladepunkte zugebaut werden, um bis 2030 mindestens das Ziel von 4.400 Ladepunkten zu erreichen.

Übereinstimmung

Klimafolgenanpassung

5. Das Programm zu Dach- und Fassadenbegrünung und Entsiegelung der Stadt ist ins Stocken geraten: Was wollen Sie tun, um mehr Anreize zu schaffen, damit mehr Fassaden in Hannover begrünt und Flächen entsiegelt werden?

Dort, wo Beton dominiert und im Sommer die Hitze steht, können kleine, dichte Waldinseln einen echten Unterschied machen. Tiny Forests wie in der List kühlen Quartiere, filtern Schadstoffe und schaffen neue Orte der Begegnung. Wir setzen uns dafür ein, dass neue Waldinseln an vielen weiteren Stellen in Hannover eingerichtet werden. Dort wo dies nicht möglich ist, setzen wir auf Fassadenbegrünung.

Teilweise Übereinstimmung: Tiny Forests halten wir ebenfalls für gewinnbringend. Das Potential dafür ist jedoch zu gering und den Plänen für mehr Fassadenbegrünung fehlen konkrete Umsetzungsmöglichkeiten.

6. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die hannoverschen Fußwege, Radwege und Straßen stärker zu begrünen? Welche Beispiele dafür sind Ihnen dafür aus anderen Städten, auch im Ausland, bekannt?

Wir Grünen wollen überdimensionierte Verkehrsflächen zurückbauen und begrünen, um zusätzlichen öffentlichen Raum zu gewinnen. Vorbild sind hierfür die Planungen für die Culemannstraße und für den Braunschweiger Platz.

Teilweise Übereinstimmung: Wir begrüßen den Rückbau von Verkehrsflächen, halten jedoch auch die Begrünung bestehender Straßen und Wege für unabdingbar.

7. Welche Möglichkeiten zur Zurückhaltung und Nutzung von Regenwasser planen Sie?

Wir verbinden Stadtentwicklung, Klimaanpassung und Freiraumplanung zu einem funktionierenden Ganzen. Das Schwammstadt-Prinzip ist eine Antwort auf das, was längst auch in Hannover Realität ist: heiße Sommer, trockene Böden und Schäden durch Trockenheit und Starkregen. Wir wollen Regenwasser dort halten, wo es fällt, also in entsiegelten Flächen, auf begrünten Dächern, in Parks und Versickerungsflächen. Aus Einzelbäumen machen wir, wo es möglich ist, sich gegenseitig schattierende Baumgruppen. So heizt sich die Stadt weniger auf und Bäume und Grünflächen bleiben vital. Schritt für Schritt entsteht so eine Stadt, die mit den Folgen des Klimawandels umgehen kann.

Übereinstimmung

8. Welche politischen Maßnahmen wollen Sie treffen, um den Verbrauch von Trinkwasser deutlich zu senken?

Bereits zum Haushalt 2021 /2022 haben wir Grünen die Verwaltung mit dem Haushaltsantrag Nr. H-0417/2021 beauftragt, das Wassermanagement zu intensivieren. Dazu soll sie Pläne erarbeiten, im Rahmen von städtischen Neubauten das Regenwasser zu fangen und in Brauchwassernetzen der Gebäude und zur Bewässerung von Grünflächen und Bäumen zu nutzen bzw. zur Grundwasseranhebung zu versickern. Außerdem soll geprüft werden, wie in Neubaugebieten überschüssiges Regenwasser zu Bewässerung von Grünanlagen im öffentlichen Raum verwandt werden kann. Dritte Säule soll die Überprüfung sein, wie Grünflächen und Parkanlagen im Stadtgebiet sauberes Regenwasser zugeführt werden könnte. Die vierte Säule ist die Prüfung, gereinigtes Abwasser der Kläranlage Herrenhausen ebenfalls zur Bewässerung von Grünflächen nutzen zu können.

Teilweise Übereinstimmung: Die Ideen sind überzeugend, fraglich ist jedoch, ob das Potenzial ausreicht, um die erforderlichen Einsparungen zu erreichen, wenn der private Wasserverbrauch nur eingeschränkt adressiert wird.

9. Wie wollen Sie die Kleingartenflächen als wichtige Frischluftschneisen, CO2 Senken und Klimaoasen sowie Erholungsorte stark verdichteter Wohngebiete dauerhaft sichern?

Die hannoverschen Kleingärten sind soziale Anker und ökologische Bausteine unserer urbanen Gemeinschaft. Hier entsteht Nachbarschaft und wird Selbstversorgung erlebbar. Viele

Menschen finden einen direkten Zugang zur Natur. Gleichzeitig leisten Kleingärten einen wichtigen Beitrag zu Klimaschutz und Artenvielfalt. Für die Flächen, bei denen die Umwandlung zu Bauland diskutiert wird, fordern wir ein Moratorium von 10 Jahren.

Hannover ist eine wachsende Stadt – entsprechend soll auch die Zahl der Kleingärten mitwachsen. Deshalb sollen bei neu geschaffenem Wohnraum auch entsprechend zusätzliche Kleingärten angelegt werden.

Keine Übereinstimmung: Ein 10-jähriges Moratorium verspricht keine dauerhafte Sicherung. Für Frischluftschneisen, CO₂-Senken und Klimaoasen ist nicht die Zahl der Kleingärten entscheidend, sondern ihre Gesamtfläche.

Energiewende

10. Wie soll der Ausbau von Photovoltaik – besonders auf kommunalen und großen gewerblichen Gebäuden sowie Parkplätzen – beschleunigt werden?

Erneuerbaren Energien gehört die Zukunft. Sie entscheiden hier und heute über Versorgungssicherheit, Preise und unsere wirtschaftliche Stärke. Während auf Bundesebene mit einem fossilen Rollback alte Abhängigkeiten wieder salonfähig gemacht werden, setzen wir vor Ort in Hannover auf das, was uns unabhängig macht: Energie aus Sonne, Wind und weiteren nachhaltigen Quellen. Daher wollen wir die erneuerbaren Energien weiter ausbauen auf Dächern, an Fassaden, in Quartieren.

Mit dem Antrag Nr. 0113/2023 „Photovoltaikoffensive für die Landeshauptstadt Hannover“ haben wir die Verwaltung beauftragt, darauf hinzuwirken, dass die kommunalen Unternehmen mit städtischer Beteiligung geeignete Dachflächen und versiegelte Freiflächen (z.B. Parkplätze) zur Bebauung mit Photovoltaikanlagen und zur gleichzeitigen Begrünung nutzen, um die Klimaschutzziele sowie soziale Ziele (z. B. "günstiger Mieterstrom") der Landeshauptstadt Hannover zu unterstützen. Die Verwaltung hat jetzt mit der Informationsdrucksache Nr. 1071/2026 den aktuellen Sachstand 2025 zur Umsetzung der Photovoltaikoffensive vorgelegt. Danach konnte die Anzahl der PV-Anlagen nahezu verdreifacht werden.

Teilweise Übereinstimmung: Die Photovoltaikoffensive der Landeshauptstadt Hannover ist ein wichtiger Erfolg. Jetzt braucht es eine vergleichbare Initiative für den privaten Sektor.

11. Welche Anreize braucht es, damit private und gewerbliche Eigentümerinnen und Eigentümer PV-Anlagen und Speicher installieren?

Mit dem enerCity-Fonds proKlima (zur lokalen Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen) und der Klimaschutzagentur Region Hannover fördern wir energetische Sanierungen und den Ausbau erneuerbarer Energien im Gebäudebestand. Wir unterstützen die Nutzung von Solar-

energie in Mehrfamilienhäusern durch Mieterstrommodelle und vereinfachen die PV Nutzung für Wohnungseigentümergeinschaften und kleinere Mehrfamilienhäuser durch neue Konzepte.

Teilweise Übereinstimmung: zu unkonkret

12. Welche Schritte schlagen Sie vor, um klimafreundliche, dezentrale Heizmöglichkeiten zu fördern und dort, wo es möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, Wärmenetze auszubauen und Abwärme von Betrieben mit einzuspeisen?

Wir setzen auf eine sozial gerechte Wärmewende, um unsere Abhängigkeit von Öl und Gas weiter zu reduzieren und das Klima zu schützen. Die kommunale Wärmeplanung setzen wir konsequent um. Dazu gehören u.a. der Kohleausstieg bei energcity, der Ausbau der Fernwärme und die Erschließung von Nahwärmenetzen. Den Preis für Fernwärme wollen wir von fossilen Energieträgern entkoppeln und einen Sozialtarif bei der Fernwärme prüfen, damit Heizen in Hannover langfristig für alle bezahlbar bleibt.

Übereinstimmung

13. Mit welchen Maßnahmen kann der zu erwartende Anstieg des Stromverbrauchs begrenzt werden?

Die wichtigsten Maßnahmen zur Reduzierung des Stromverbrauchs in den Sektoren Haushalte und Kleinverbrauch sind die Ausweitung und Verbesserung von Effizienzstandards für elektrische Geräte und energieverbrauchsrelevante Produkte im Rahmen der Umsetzung der EU-Ökodesign-Richtlinie (2009/125/EG) sowie eine wirksame Energieverbrauchskennzeichnung. In Hannover gibt es dafür den Stromspar-Check, eine kostenlose Energiespar-Beratung für Menschen mit geringem Einkommen durch die Arbeiterwohlfahrt und die Klimaschutzagentur der Region Hannover, die wir Grünen weiter unterstützen wollen.

Innovative Querschnittstechniken in der Industrie – etwa effizientere Elektromotoren und Druckluftsysteme – können darüber hinaus ebenfalls einen Beitrag leisten. Ein verpflichtendes Energiemanagement und die verbindliche Umsetzung von identifizierten wirtschaftlichen Einsparmaßnahmen können den Unternehmen dabei helfen, Kosten zu sparen. In Hannover gibt es dafür das ÖKOPROFIT-Programm, dass es Unternehmen ermöglicht, ihre Nachhaltigkeitsstrategien systematisch zu entwickeln und dabei gleichzeitig die wirtschaftliche Effizienz zu steigern. Auch dieses erfolgreiche Programm werden wir Grünen weiter unterstützen.

Teilweise Übereinstimmung: Die genannten Maßnahmen adressieren die Effizienz der konkreten Nutzung. Es fehlt aber ein Konzept gegen die Verstromung von immer mehr Lebensbereichen, die den Strombedarf immer weiter in die Höhe treibt (KI, E-Scooter usw.).

Stadtentwicklung

14. Wie wollen Sie das Ziel von Bundes- und Landesregierung erreichen, bis 2050 den Nettoflächenverbrauch auf Null zu reduzieren, wenn Wohnungsbau und das Einrichten von Gewerbeflächen weiterhin wie bisher mit ungebremster Flächenversiegelung einhergehen?

Wir Grünen setzen auf mehr Grün statt Grau und stoppen den schleichenden Verlust offener Flächen. Unser Ziel ist ein Netto-Null-Flächenverbrauch schnellstmöglich. Wenn in Hannover gebaut und versiegelt wird, sorgen wir an anderer Stelle im Stadtgebiet für Entsiegelung. Freiflächen, Grünflächen und landwirtschaftliche Flächen erhalten wir als naturnahe Inseln mitten in der Stadt.

Teilweise Übereinstimmung: Ihr Ziel, den Flächenverbrauch zu beenden, wird von uns begrüßt. In der Realität werden aber immer noch neue Flächen versiegelt.

15. Der andauernde Wohnungsneubau führt kontinuierlich zu mehr qm Wohnraum pro Einwohner (die negativen Folgen sind bekannt). Was schlagen Sie vor, um diesen Trend zu stoppen?

Wohnraum ist oft nicht mehr angemessen verteilt, weil sich Haushaltsgrößen, Lebensverläufe und Einkommen verändert haben. Hier liegen erhebliche Potenziale zur Entspannung des Wohnungsmarkts, die wir Grünen mit verschiedenen Maßnahmen heben werden. Wir prüfen die Einführung einer neuen kommunalen Wohnraumagentur, die Eigentümer*innen dabei unterstützt, ungenutzten oder nicht mehr benötigten Wohnraum durch Umbau, gemeinschaftliche Wohnformen oder Untervermietung wieder für den Wohnungsmarkt verfügbar zu machen. Darüber hinaus soll ein Wohnflächenbonusfonds Umzüge von Mieter*innen aus zu großen Wohnungen in kleinere, passendere Wohnungen fördern.

Teilweise Übereinstimmung: Wir begrüßen die genannten Maßnahmen, halten sie jedoch für nicht ausreichend.

16. Wo und wie könnte in Hannover ganz konkret alternativ Wohnraum geschaffen werden, ohne Flächen zu versiegeln oder Kleingärten zu bebauen, z.B. durch Umbaumaßnahmen im Bestand einschließlich Bürogebäude?

Wir Grünen priorisieren Umbau vor Neubau. Sanierung, Modernisierung, Umnutzung, Aufstockung und Dachausbau haben Vorrang. Das gilt im Wohnungsbau, aber auch bei Schulen, Kitas und öffentlichen Gebäuden. Notwendige Neubauten planen wir flächensparend, ökologisch und gut an den ÖPNV angebunden.

Nach Angaben des Immobilienmarktbericht 2025 der Wirtschaftsförderung Hannover stehen in der Landeshauptstadt rund 277.000 Quadratmeter Bürofläche leer. Unter Berücksichtigung baulicher, rechtlicher und wirtschaftlicher Einschränkungen ergibt sich daraus ein nicht

unerhebliches Potenzial von Wohnraum, das bislang nicht systematisch erschlossen wird. Dabei kann es dazu beitragen, den Wohnraumbedarf durch die Aktivierung bestehender Flächen zu decken und den Druck auf neue Flächeninanspruchnahme zu reduzieren. Insbesondere kann so die Umwandlung sozial und ökologisch wertvoller Kleingartenflächen in Bauland vermieden werden.

Nach Einschätzung der Verwaltung (Antwort auf die Ratsanfrage der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, Volt und Piraten zu den Umnutzungspotenzialen von Nichtwohngebäuden für Wohnraum in der Ratsversammlung am 30.10.2025) werden entsprechende Umnutzungsperspektiven von Eigentümerinnen und Eigentümern bislang häufig nicht verfolgt. Es fehlt insbesondere an einer zentralen Ansprechperson, die Eigentümerinnen und Eigentümer aktiv anspricht, berät und Umwandlungsverfahren begleitet. Wir wollen daher, dass die Verwaltung eine zentrale Anlaufstelle zur Beratung, Koordination und Förderung von Umnutzungen im Bestand eingerichtet, die Eigentümer*innen von Büro- und Gewerbeimmobilien bei der Umwandlung in neuen Wohnraum unterstützt.

Übereinstimmung

17. Welche guten Beispiele für eine nachhaltige Stadtentwicklung aus anderen europäischen Städten sind Ihnen bekannt, die auch für Hannover eine Chance sein könnten, wenn sie umgesetzt würden?

Erfahrungen aus anderen Städten, insbesondere aus Frankfurt am Main, zeigen, dass eine koordinierende und aktive Rolle der Verwaltung die Umnutzung wirksam fördern und einen relevanten Beitrag zur Wohnraumversorgung leisten kann. Dort entstehen bereits rund 20 Prozent des neu geschaffenen Wohnraums durch die Umnutzung von Nichtwohngebäuden. Dies ist auch Ergebnis einer konsequenten Nutzung der bestehenden Ermessensspielräume bei Genehmigungen. Ansonsten ist aus unserer Sicht die Stadt Wien das große Vorbild für eine soziale und nachhaltige Stadtentwicklung.

Übereinstimmung

Zivilgesellschaft und Grundsätzliches

18. Beabsichtigen Sie die Kürzungen der institutionellen Förderungen bei den hannoverschen Umweltverbänden zurückzunehmen?

Für uns Grüne sind die hannoverschen Umweltverbände ein wesentlicher und unverzichtbarer zivilgesellschaftlicher Akteur der Umweltpolitik in Hannover. Wir haben daher die Kürzung der Förderung des BUND um 50 %, die Kürzungen bei der Klimaschutzagentur und die Streichung der Förderung für den Ernährungsrat im Doppelhaushalt 2025/2026 durch SPD, CDU und FDP entschieden abgelehnt und werden uns selbstverständlich dafür einsetzen, dass die hannoverschen Umweltverbände im Doppelhaushalt 2027/2028 mindestens wieder eine Förderung in der ursprünglichen Höhe erhalten.

Übereinstimmung

19. Inwiefern ist materielles Wirtschaftswachstum angesichts von Klimawandel und Artenschwund noch verantwortbar?

Das kapitalistische Wirtschaftssystem, in dem wir heute leben, werden wir nicht von heute auf morgen verändern können. Gerade deshalb müssen die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass Wachstum nicht auf Kosten von Klima, Natur und Artenvielfalt geht. Denn wir haben keinen Planeten B. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen sind begrenzt und müssen geschützt werden.

Wir tragen Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen. Sie sollen ebenfalls auf einem lebenswerten Planeten leben können. Deshalb muss wirtschaftlicher Erfolg stärker mit Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung und Klimaschutz verbunden werden. Wir sind davon überzeugt, dass dies durch eine klimaneutrale Modernisierung der Wirtschaft gelingen kann und damit Klimaschutz und Wirtschaftswachstum nicht im Widerspruch zueinander stehen müssen, sondern sich gegenseitig bedingen können.

Teilweise Übereinstimmung: Die tatsächlichen Potentiale eines grünen, umweltfreundlichen Wachstums sind aus unserer Sicht zu unklar.

20. Welche Alternativen gibt es, um nachhaltiges Wirtschaften in Hannover zu etablieren?

Wir Grünen wollen Hannover zu einem führenden Standort für digitale Innovation, nachhaltige Wirtschaftsprojekte und zukunftsfähige Wertschöpfung entwickeln. Wir unterstützen gezielt Start-ups, Handwerk sowie kleine und mittlere Unternehmen. Wir bauen die Unterstützung für Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen weiter aus und stärken die Wirtschaftsförderung in den Bereichen Gründung, Wachstum und Ansiedlung.

Das ÖKOPROFIT-Programm ermöglicht es Unternehmen seit 25 Jahren, ihre Nachhaltigkeitsstrategien systematisch zu entwickeln und dabei gleichzeitig die wirtschaftliche Effizienz zu steigern. Der Erfolg des Programms belegt eindrucksvoll, dass Klimaschutz und Ressourcenschonung eng mit wirtschaftlichem Erfolg verbunden sind. Aktuell legt das Programm den Fokus auf zentrale Themen wie Energieeffizienz, Klimamanagement, Abfallvermeidung und Nachhaltigkeit. Wir wollen das erfolgreiche Programm fortführen und ausbauen.

Teilweise Übereinstimmung: Wir begrüßen die vorgeschlagenen Maßnahmen. Die tatsächlichen Produktions- und Vermarktungslogiken vieler, besonders großer, Unternehmen widersprechen jedoch Nachhaltigkeitszielen.

21. Ist die private Freiheit (die umweltschädliches Verhalten ermöglicht) höher einzuschätzen als die soziale Verantwortung des Handelns auch in Hinblick auf die kommenden Generationen?

Private Freiheit ist ein hohes Gut. Sie endet jedoch dort, wo das eigene Handeln die Lebensgrundlagen anderer Menschen und künftiger Generationen gefährdet. Deshalb gehört zur

Freiheit immer auch Verantwortung. Alle Menschen tragen Verantwortung für ein besseres Morgen. Dennoch ist klar, dass die Verantwortung nicht für alle gleich groß ist. Wenn etwa die reichsten 10% für rund die Hälfte der CO₂-Emissionen verantwortlich sind, sollten diese auch stärker zur Verantwortung gezogen werden.

Bei uns vor Ort sollten wir es Menschen einfacher machen, sich klimafreundlich und nachhaltig durch den Alltag zu bewegen, beispielsweise durch bessere Radwege, einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr oder gute vegane Alternativen in Mensen und Kantinen.

Übereinstimmung

22. Welche Maßnahmen planen Sie, um das Umweltbewusstsein der Bevölkerung und nachhaltiges Handeln zu stärken?

Das Agenda 21- und Nachhaltigkeitsbüro der Stadt Hannover entwickelt seit mehr als 25 Jahren Aktivitäten, um nachhaltige und klimafreundliche Lebensstile innerhalb der Stadtverwaltung und in der Stadtgesellschaft zu etablieren. Arbeitsschwerpunkt ist neben Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit die Initiierung und Umsetzung von Projekten und Programmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Die schulische Nachhaltigkeits- und Klimabildung will Kinder und Jugendliche befähigen, Probleme zu erkennen und Gestaltungskompetenz zu entwickeln, um Wege für eigene Verhaltensänderungen finden zu können. Beispiele für erfolgreich etablierte schulische Bildungsprogramme sind: „Gutes Klima in Schulen“, „Papierwende“, „Erfolgreich abfallarm“, Natur- und Walderfahrung sowie nachhaltige und klimafreundliche Ernährung. Um Jugendliche und junge Erwachsene in ihren unterschiedlichen Lebenswelten zu erreichen, ist der Ausbau der informellen Bildungsarbeit unerlässlich. Ziel ist es, handlungsorientierte Angebote zu klimafreundlichen und nachhaltigen Lebensstilen und Konsum am Übergang Schule zum Beruf bzw. zum Studium sowie für den Freizeitbereich von Jugendlichen zu entwickeln. Wir Grünen wollen diese unverzichtbare Bildungsarbeit des Agenda 21- und Nachhaltigkeitsbüro weiter ausbauen.

Übereinstimmung

Antworten SPD Stadtverband Hannover

Verkehr

23. Was werden Sie konkret tun, um den Fußverkehrsanteil und den Radverkehrsanteil in Ihrer Amtszeit erheblich zu steigern?

Wir wollen den Umweltverbund aus Fußverkehr, Radverkehr und ÖPNV weiter konsequent stärken und zusammendenken. Für den Fußverkehr wollen wir eine städtische Fußverkehrsstrategie entwickeln und das Leitbild der 15-Minuten-Stadt konsequent umsetzen. Ziel ist es, dass Wege im Alltag kürzer, sicherer und attraktiver werden und die Menschen ihre täglichen Erledigungen häufiger zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem ÖPNV zurücklegen können. Für den Radverkehr setzen wir auf sichere, durchgängige Verbindungen, bessere und mehr Fahrradabstellanlagen sowie kommunale Fahrradgaragen in stark frequentierten Wohnquartieren. Diese sollen gesicherte Abstellmöglichkeiten, ein digitales Zugangssystem und ein einheitliches städtisches Standardsystem bieten. Gleichzeitig wollen wir den ÖPNV strategisch erweitern. Dazu gehören eine dichtere Taktung, bessere Verbindungen, gute Anbindungen in Randzeiten sowie der Ausbau und die Verbesserung des Stadtbahnnetzes. Gerade für Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen müssen Wege sicherer, barriereärmer und verlässlicher werden. Deshalb wollen wir Schulwege so planen, dass Kinder möglichst keine Hauptverkehrsstraßen oder schwierige Querungen bewältigen müssen, Schulstraßen ermöglichen und bessere Beleuchtung umsetzen.

Teilweise Übereinstimmung

24. Unterstützen Sie unsere Forderung: „Sanierung des Westschnellwegs im Bestand“? Welche Möglichkeiten gibt es, ohne Verbreiterung auf dem Schnellweg den Verkehr flüssig und sicher fließen zu lassen und zugleich die Anforderungen an die Vorgaben für eine Bundesstraße einzuhalten?

Wir unterstützen das Ziel einer Sanierung des Westschnellwegs so weit wie möglich im Bestand und wollen eine unnötige Verbreiterung vermeiden. Aus unserer Sicht müssen Lehren aus den Debatten um den Südschnellweg gezogen werden. Transparenz, frühzeitige Beteiligung, Baumschutz, Lärmschutz und die Belange der angrenzenden Stadtteile müssen frühzeitig und fortlaufend berücksichtigt werden.

Gleichzeitig ist der Westschnellweg eine Bundesstraße. Daher müssen Verkehrssicherheit, insbesondere Rettungswege, Leistungsfähigkeit und rechtliche Vorgaben mitgedacht werden. Möglichkeiten ohne Verbreiterung liegen aus unserer Sicht in einer intelligenten Verkehrssteuerung, angepassten Geschwindigkeiten, angepassten Spurführungen, besserer Störfallsteuerung und einer stärkeren Verlagerung von Verkehren auf ÖPNV, Rad und Schiene.

Teilweise Übereinstimmung aufgrund der Relativierungen. Hervorzuheben sind die Ideen für eine Sanierung ohne Verbreiterung

25. Welche konkreten Pläne haben Sie, um den motorisierten Individualverkehr in der Innenstadt zu reduzieren und zugleich den Menschen ein schnelles und bequemes Erreichen der City zu ermöglichen?

Wir wollen eine Innenstadt, die für alle Menschen erreichbar bleibt, aber weniger vom Auto dominiert wird. Unser Ziel ist keine pauschal autofreie Innenstadt, sondern eine punktuell autoärmere, lebenswertere und besser organisierte Stadt. Das bedeutet mehr Raum für Fußverkehr, Radverkehr, Grün, Aufenthalt und Außengastronomie, aber zugleich eine gute Erreichbarkeit mit dem ÖPNV, Rad, zu Fuß, für den Lieferverkehr und für Menschen, die auf das Auto angewiesen sind. Daher soll der Cityring weiterhin leistungsfähig bleiben und wichtige Verkehrsknotenpunkte punktuell verbessert werden.

Konkret setzen wir dabei auf bessere ÖPNV-Anbindungen, Park-and-Ride-Angebote, Mobilitätshubs, ein leistungsfähiges digitales Parkleitsystem, bessere Fahrradabstellanlagen und eine attraktivere Fußverkehrsführung. Die Innenstadt muss bequem erreichbar bleiben, aber der knappe öffentliche Raum muss gerechter verteilt werden. Eine lebendige Innenstadt entsteht nicht durch ein Gegeneinander der Verkehrsträger, sondern durch gute Angebote und eine klare Ordnung des Verkehrs. Wer mit Stadtbahn, Bus, Rad oder zu Fuß kommt, muss bequem, sicher und barrierearm in die Stadt gelangen. Wer auf das Auto angewiesen ist, muss die Stadt weiterhin erreichen können.

Teilweise Übereinstimmung: Die Vorschläge halten wir für geeignet, jedoch fehlen die Ausweitung von Tempo-30-Zonen und der Ausbau von Radverkehrswegen.

26. Welche konkreten Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität unterstützen Sie?

Gemeinsam mit enercity möchten wir Hannover als starken Standort für Elektromobilität weiterentwickeln und den Umstieg auf klimaneutrale Antriebe erleichtern. Daher unterstützen wir den weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur, insbesondere in dicht bebauten Quartieren ohne private Stellplätze, an Mehrfamilienhäusern, Quartiersgaragen, Firmenparkplätzen, Mobilitätshubs, Carsharing-Standorten und im öffentlichen Raum. Weitere Priorität haben außerdem kommunale Flotten, Carsharing, Taxis, Handwerk, Lieferverkehre und gewerbliche Flotten, weil dort viele Kilometer gefahren werden und entsprechend große Emissionsminderungen möglich sind. Wichtig sind einfache Genehmigungen, transparente Preise, barrierearme Ladepunkte und eine datenbasierte Standortplanung. Wir halten einen ambitionierten Ausbau von Ladepunkten bis 2030 für wichtig. Ebenso die Fortschreibung von Privilegien für E-Fahrzeuge wie etwa das kostenlose Parken in der Stadt. Dabei braucht es eine sinnvolle Verteilung über alle Stadtbezirke sowie einen Mix aus

Normal- und Schnellladepunkten. Auch Parkflächen des Einzelhandels, von Supermärkten, Baumärkten und Unternehmen sollen stärker für Ladeinfrastruktur genutzt und möglichst mit Photovoltaik kombiniert werden.

Teilweise Übereinstimmung: Den ambitionierten Ausbau der Ladeinfrastruktur begrüßen wir. Die kostenlosen Parkplätze für E-Autos in der Innenstadt halten wir für problematisch, weil sie das Ziel konterkarieren, den Autoverkehr in der City zu reduzieren.

Klimafolgeanpassung

27. Was wollen Sie tun, um mehr Anreize zu schaffen, damit mehr Fassaden in Hannover begrünt und Flächen entsiegelt werden?

Wir wollen Förderprogramme für Dach- und Fassadenbegrünung, Entsiegelung und Regenwasserrückhaltung verstetigen, sichtbarer machen und möglichst niedrigschwellig ausgestalten. Bereits jetzt fördert die Region Hannover Dach- und Fassadenbegrünung mit bis zu 10.000 Euro.

Dach- und Fassadenbegrünung sollen einfacher ermöglicht, besser beworben und stärker mit anderen Zielen verbunden werden. Hitzeschutz, Starkregenvorsorge, Biodiversität, Aufenthaltsqualität und PV-Ausbau sind hier die Schlagwörter. Bei Flachdächern wollen wir Dachbegrünung und Photovoltaik möglichst zusammendenken, weil Begrünung die Effizienz von PV-Anlagen sogar verbessern kann. Die bestehenden Förderinstrumente von Stadt und Region sollten niedrigschwelliger kommuniziert, digital beantragbar und gezielt gegenüber Eigentümer*innen, Wohnungswirtschaft, Gewerbe und Vereinen beworben werden. Das frühere Projekt „Begrüntes Hannover“ von Stadt und BUND zeigt, dass konkrete Förderung, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit gut zusammenwirken können.

Gleichzeitig müssen wir städtische Flächen selbst in den Blick nehmen. Öffentliche Gebäude, Schulhöfe, Plätze, Parkplätze und Straßenräume sollen systematisch darauf geprüft werden, wo Entsiegelung, Begrünung, Verschattung und Regenwasserrückhaltung möglich sind. Dabei sollen besonders stark versiegelte und von Hitze oder Starkregen betroffene Quartiere priorisiert werden.

Eine konkrete Forderung zielt auf die Entsiegelung von Schulhöfen und innerstädtischen Flächen ab, um Hitzeinseln zu reduzieren und neue Aufenthaltsflächen zu schaffen. Jedes Jahr sollen an fünf vom Stadtschülerrat vorgeschlagenen Orten Hitzeinseln entschärft und kühlere, begrünte Aufenthaltsflächen geschaffen werden.

Übereinstimmung

28. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die hannoverschen Fußwege, Radwege und Straßen stärker zu begrünen? Welche Beispiele dafür sind Ihnen dafür aus anderen Städten, auch im Ausland, bekannt?

Wir wollen Straßenräume stärker als Lebens- und Aufenthaltsräume denken und sie an zukünftige klimatische Bedingungen anpassen. Dazu gehören zusätzliche Straßenbäume, entsiegelte Baumscheiben, begrünte Mittelstreifen, Pocket Parks, verschattete Haltestellen, Trinkwasserspender, klimaresiliente Bepflanzung, mehr Sitzgelegenheiten und sichere, möglichst wassersensibel gestaltete Fuß- und Radwege. Dabei wollen wir besonders dort beginnen, wo heute viel Versiegelung, wenig Schatten und hohe Hitzebelastung zusammenkommen.

Außerdem wollen wir mit einem „1.000-Bänke-Programm“ überall dort neue Sitzgelegenheiten unter Einbeziehung der Stadtbezirksräte schaffen, wo Menschen verweilen, sich begegnen oder Erholung suchen. Wo fest verbaute Bänke schwierig sind, können temporäre oder modulare Modelle eingesetzt werden.

Hannover ist bereits für das Modellprojekt „Besseres Klima in Kommunen geht gut“ ausgewählt worden, das Klimaanpassung mit Fußverkehrsförderung verbindet und bei dem die Nordstadt als Modellquartier dient. Gute Beispiele aus anderen Städten sind Wien mit dem Schwammstadt-Prinzip für Stadtbäume, Barcelona mit Superblocks zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs sowie Kopenhagen mit blau-grüner Starkregenvorsorge. Für Hannover bedeutet das nicht, dass sich alles 1:1 kopieren lässt, aber die sind übertragbar: mehr Grün, mehr Schatten, mehr Wasserrückhalt, weniger Durchgangsverkehr in Wohnquartieren und mehr Aufenthaltsqualität.

Übereinstimmung

29. Welche Möglichkeiten zur Zurückhaltung und Nutzung von Regenwasser planen Sie?

Wir wollen Hannover weiterhin konsequent nach dem Prinzip der Schwammstadt weiterentwickeln. Regenwasser soll möglichst dort gespeichert, versickert und genutzt werden, wo es anfällt. Dazu gehören Entsiegelung, Mulden-Rigolen-Systeme, Notwasserwege und Versickerungsflächen sowie die Regenwassernutzung für das Stadtgrün. Bei Neubauten, größeren Umbauten, Schulhöfen, öffentlichen Plätzen und Straßenplanungen soll Regenwassermanagement verbindlich mitgedacht werden. Darüber hinaus setzen wir uns für ein neues strategisches Gesamtwasserkonzept ein, das den nachhaltigen Umgang mit der Ressource Wasser ganzheitlich betrachtet und öffentlichkeitswirksam aufbereitet. Dabei sollen insbesondere Wassersparkkonzepte, Wassergewinnung und Verteilung sowie Abwasserbeseitigung und wasserbezogener Krisen- und Katastrophenschutz berücksichtigt werden. Ziel ist, Starkregen und Hochwasser besser abzufedern, Grund- und Bodenwasserspeicher zu stärken und Grünflächen auch in längeren Hitze- und Trockenphasen besser zu versorgen.

Übereinstimmung

30. Welche politischen Maßnahmen wollen Sie treffen, um den Verbrauch von Trinkwasser deutlich zu senken?

Trinkwasser ist eine wertvolle Ressource und muss dort eingesetzt werden, wo es wirklich erforderlich ist. Wir wollen deshalb Regenwasser- und, wo rechtlich und technisch möglich, Grauwassernutzung stärker fördern. Daher braucht es Beratung, Förderanreize, technische Standards und eine stärkere Nutzung alternativer Wasserquellen.

In städtischen Gebäuden, Schulen, Kitas, Sportanlagen und bei der Bewässerung von Grünflächen soll die Stadt selbst Vorbild sein und Einsparpotenziale nutzen. Die Reduktion des Trinkwasserverbrauchs kann nur gemeinsam im Dialog gelingen. Besonders bei der Bewässerung von Parks, Straßenbäumen, Sportflächen und anderen öffentlichen

Grünflächen wollen wir Trinkwasser schrittweise durch Regenwasser, Betriebswasser oder aufbereitetes Wasser ersetzen, soweit dies hygienisch und technisch möglich ist. Die sensorunterstützte Bewässerung städtischer Grünflächen wollen wir ausweiten, damit nur dort und dann bewässert wird, wo es wirklich notwendig ist.

Ergänzend setzen wir uns dafür ein, dass an belebten Orten zusätzliche Trinkwasserbrunnen im gesamten Stadtgebiet geschaffen werden. Das ist vor allem für Hitzeschutz und soziale Teilhabe wichtig. Daher sollen hierbei die Stadtbezirksräte die Orte benennen können, an denen durch die Installation weiterer Trinkwasserbrunnen der größte Mehrwert erzielt wird.

Übereinstimmung

31. Wie wollen Sie die Kleingartenflächen als wichtige Frischluftschneisen, CO2 Senken und Klimaoasen sowie Erholungsorte stark verdichteter Wohngebiete dauerhaft sichern?

Kleingärten sind für uns wichtige grüne Oasen, Orte der Begegnung, des Miteinanders, der Erholung, Frischluftflächen und Orte der Umweltbildung im Quartier. Wir wollen sie deshalb dauerhaft sichern, ausbauen und zugleich zukunftsfähig weiterentwickeln. In einem ersten Schritt ist es dieses Jahr gelungen, Kleingartenflächen als Umnutzungsflächen aus dem Kleingartenentwicklungskonzept herauszunehmen. Bestandssicherung reicht für uns aber nicht aus, da bereits heute eine Unterdeckung von rund 800 Kleingartenparzellen besteht. Daher werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass die bereits bestehende Unterdeckung in Hannover verringert wird, damit Kleingartenflächen nicht nur gesichert, sondern auch ausgebaut werden.

Gleichzeitig erkennen wir Zielkonflikte in einer wachsenden Stadt an. Für uns gilt dabei immer der Grundsatz, dass Kleingärten niemals leichtfertig für Wohnungsbau oder Infrastrukturprojekte aufgegeben werden dürfen. Wenn eine Inanspruchnahme im Einzelfall als ultima ratio unausweichlich sein sollte, dann müssen diese in spezifischen Beschlüssen transparent

unter Beteiligung der Betroffenen und des Bezirksverbands der Kleingärtner beraten, ökologisch und politisch bewertet und durch ortsnahe, gleichwertige und bezugsfertige Ersatzlösungen begleitet und ersetzt werden.

Keine Übereinstimmung: Es fehlt ein konkreter Vorschlag zum langfristigen Schutz von Kleingärten.

Energiewende

32. Wie soll der Ausbau von Photovoltaik – besonders auf kommunalen und großen gewerblichen Gebäuden sowie Parkplätzen – beschleunigt werden?

Wir wollen eine PV-Offensive für Hannover. Kommunale Gebäude, kommunale Unternehmen mit städtischer Beteiligung, große gewerbliche Dächer, Parkplätze und bereits versiegelte Flächen müssen stärker genutzt werden. Bei Schulen, Kitas und gemeinnützigen Einrichtungen wollen wir PV-Projekte zudem mit Bildungs- und Beteiligungsangeboten verbinden.

Für kommunale Liegenschaften braucht es klare Priorisierungen: Welche Dächer sind geeignet? Welche Sanierungen stehen an? Welche Modelle kommen in Frage: Eigenbetrieb, Contracting, Kooperation mit enercity oder Beteiligung über eine Energiegenossenschaft? Darüber hinaus fordern wir, dass die Stadt die Gründung einer Energiegenossenschaft initiiert, damit sich Bürger*innen direkt an der Energiewende der Stadt beteiligen können. Zudem braucht es für große gewerbliche Gebäude und Parkplätze gezielte Ansprache, Beratung, Fördermittelmanagement und vereinfachte Verfahren durch eine aktive Stadtpolitik. Besonders große Parkplätze von Handel, Gewerbe, Sportanlagen und öffentlichen Einrichtungen sollen auf ihre Eignung für PV-Überdachungen geprüft werden, idealerweise kombiniert mit Ladeinfrastruktur und Verschattung.

Übereinstimmung, wenngleich etwas vage

33. Welche Anreize braucht es, damit private und gewerbliche Eigentümerinnen und Eigentümer PV-Anlagen und Speicher installieren?

Eigentümer*innen brauchen vor allem einfache Verfahren, klare Beratung, gute Fördermöglichkeiten und verlässliche Wirtschaftlichkeit. Deshalb wollen wir das Fördermittelmanagement vereinfachen und weiter digitalisieren, mit schlanken Antragstrecken und automatisierter Statusverfolgung. Besonders wichtig sind verlässliche Standardinformationen zu Wirtschaftlichkeit, Anschlussbedingungen, Fördermitteln und rechtlichen Modellen, damit Eigentümer*innen schneller von der Idee zur Umsetzung kommen.

Für Eigentümer*innen von Mehrfamilienhäusern und Gewerbeimmobilien sind Mieterstrom, Eigenverbrauchs- und Energy-Sharing-Modelle besonders wichtig. Bei größeren Dachflächen

sollen PV, Dachdämmung und gegebenenfalls Dachbegrünung stärker zusammengedacht werden. Dafür gibt es bereits Förderprogramme der Region, die durch besseres Fördermittelmanagement stärker mit städtischen Förderungen verknüpft werden können. Speicher wollen wir dort voranbringen, wo sie Eigenverbrauch, Netzstabilität und Versorgungssicherheit stärken. Mit enercity wollen wir ergänzend den Ausbau von Batteriespeichern und quartiersbezogenen Speicherlösungen voranbringen, um Netzstabilität, Versorgungssicherheit und Resilienz zu stärken.

Übereinstimmung

34. Welche Schritte schlagen Sie vor, um klimafreundliche, dezentrale Heizmöglichkeiten zu fördern und dort, wo es möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, Wärmenetze auszubauen und Abwärme von Betrieben mit einzuspeisen?

Die Wärmewende muss sozial gerecht, verlässlich und quartiersbezogen organisiert werden. In dicht bebauten Quartieren wollen wir Wärmenetze weiter ausbauen. In Quartieren außerhalb des Fernwärmesatzungsgebiets wollen wir vermehrt auf die Prüfung und, wenn möglich, die Umsetzung von Nah- und Quartierswärmenetzen als klimafreundliche Alternative setzen. Außerdem soll die Preisbildung der Fernwärme niedrigschwellig und einfach nachvollziehbar dargestellt werden, sodass ein Vergleich zwischen Gas- und Fernwärmepreisen direkt möglich ist. Das sorgt für mehr Transparenz und stärkt gleichzeitig den Verbraucherschutz.

Abwärme aus Industrie, Gewerbe, Rechenzentren oder Abwasser soll systematischer erschlossen werden. Grundlage dafür muss eine konsequente kommunale Wärmeplanung mit Wärmekataster sein, die für jedes Quartier nachvollziehbar macht, welche Lösung technisch, wirtschaftlich, klimafreundlich und sozial verträglich ist. Auch dafür braucht es klare Quartierspläne, Beratung für Eigentümer*innen, Unterstützung bei Fördermitteln und eine enge Zusammenarbeit von Stadt, enercity, Wirtschaft und Wohnungswirtschaft.

Übereinstimmung

35. Mit welchen Maßnahmen kann der zu erwartende Anstieg des Stromverbrauchs begrenzt werden?

Der gesamte Endenergiebedarf wird durch die Elektrifizierung sinken. Der Strombedarf wird durch Wärmepumpen, Elektromobilität, Digitalisierung und neue Technologien allerdings steigen. Deshalb müssen Energieeffizienz, Gebäudesanierung und intelligente Steuerung weiter priorisiert werden.

In städtischen Gebäuden sollen Energieverbräuche besser erfasst, transparent ausgewertet und reduziert werden. Bei Neubauten und Sanierungen müssen Lebenszykluskosten,

Energieeffizienz und technische Optimierung stärker berücksichtigt werden. Bei Beleuchtung, Ampeln und öffentlicher Infrastruktur wollen wir effiziente Technik, LED-Umrüstung und intelligente Steuerung konsequent nutzen. Intelligente Netze, Speicher und Lastmanagement sollen helfen, Verbrauchsspitzen zu reduzieren und vorhandenen Strom möglichst effizient zu nutzen.

Wichtig sind außerdem Beratung und Sensibilisierung für Haushalte, Gewerbe und öffentliche Einrichtungen. Energieeinsparungen müssen praktisch, verständlich und sozial gerecht unterstützt werden. Der kostenlose Stromspar-Check für Haushalte mit geringem Einkommen ist ein sinnvoller Baustein, der unbedingt erhalten und weiter beworben werden sollte.

Teilweise Übereinstimmung: Stromsparen muss eine höhere Priorität erhalten.

Stadtentwicklung

36. Wie wollen Sie das Ziel von Bundes- und Landesregierung erreichen, bis 2050 den Nettoflächenverbrauch auf Null zu reduzieren, wenn Wohnungsbau und das Einrichten von Gewerbeflächen weiterhin wie bisher mit ungebremster Flächenversiegelung einhergehen?

Wir wollen den Flächenverbrauch reduzieren, ohne notwendige Stadtentwicklung auszu-bremsen. Daher setzen wir vorrangig auf Innenentwicklung, Bestandserneuerung, Umnutzung und Nachverdichtung, Dachgeschossausbau, Aufstockungen sowie die Schließung von Baulücken. Zusätzlich bedarf es weiterer Instrumente wie eines wirksamen Leerstandsmanagements, der konsequenten Anwendung der Zweckentfremdungssatzung sowie einer aktiveren Rolle der Stadt bei der bedarfsgerechten Vermittlung von Wohnraum. Zugleich wollen wir Gewerbeentwicklung flächensparend organisieren und insbesondere auf bereits erschlossene oder versiegelte Flächen lenken. Geeignete Gewerbeflächen und bisherige Brachflächen sollen gezielt entwickelt, angekauft, verkauft oder über Erbpachtlösungen genutzt werden. Bei neuen Bau- und Gewerbeprojekten müssen Entsiegelung, Begrünung, Regenwasserrückhalt und der Schutz von Frischluftschneisen von Anfang an mitgeplant werden.

Teilweise Zustimmung: Die dargelegten Maßnahmen reichen nicht für das „Null-Ziel“ aus.

37. Der andauernde Wohnungsneubau führt kontinuierlich zu mehr qm Wohnraum pro Einwohner (die negativen Folgen sind bekannt). Was schlagen Sie vor, um diesen Trend zu stoppen?

Wir wollen den vorhandenen Wohnraum besser und passgenauer nutzen, statt allein auf Neubau zu setzen. Deshalb setzen wir auf quartiersnahen und bezahlbaren Wohnungstausch gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft, eine gemeinsame Plattform für Wohnungstausch

und eine aktivere Rolle der Stadt bei der bedarfsgerechten Vermittlung des vorhandenen Wohnraums. Familien sollen leichter größeren Wohnraum finden können, während ältere Menschen die Möglichkeit bekommen, in kleinere, barrierearme Wohnungen im vertrauten Umfeld umzuziehen. So nutzen wir den vorhandenen Wohnungsbestand effizienter und stärken zugleich den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren.

Dazu gehört auch ein Förderprogramm für den nachhaltigen Einbau von Aufzügen bzw. Treppenliften in Bestandsgebäuden. Damit können ältere Menschen länger im Quartier bleiben, Dachgeschossreserven erschlossen und vorhandener Wohnraum passgenauer genutzt werden.

Trotzdem können und wollen wir niemandem vorschreiben, wie viel Wohnfläche genutzt werden darf. Aber wir wollen attraktive Alternativen schaffen, damit Menschen freiwillig passenden Wohnraum finden, und das möglichst bezahlbar, barrierearm, quartiersnah und sozial abgesichert. So kann die Wohnfläche pro Kopf begrenzt werden, ohne Menschen zu bevormunden oder soziale Härten zu erzeugen.

Teilweise Übereinstimmung: Die dargelegten Maßnahmen erscheinen uns nicht als ausreichend geeignet, um den Trend zu stoppen.

38. Wo und wie könnte in Hannover ganz konkret alternativ Wohnraum geschaffen werden, ohne Flächen zu versiegeln oder Kleingärten zu bebauen, z.B. durch Umbaumaßnahmen im Bestand einschließlich Bürogebäude?

Konkret wollen wir eine Taskforce zur Umnutzung leerstehender Büro-, Gewerbe- und Sonderimmobilien einrichten. Diese soll aus Investoren, Mieterverbänden, der Verwaltung und Wohnungsgenossenschaften bestehen und das Ziel verfolgen, die einfache und vor allem kostengünstige Umnutzung zu Wohnraum, auch unter Nutzung bestehender Bundesförderprogramme, zu ermöglichen. Besonders prüfen wollen wir dafür leerstehende Büroflächen, ehemalige Einzelhandels- und Gewerbeflächen, mindergenutzte öffentliche Gebäude, Parkierungs- und eingeschossige Gewerbestrukturen sowie geeignete Bestandsgebäude entlang gut erschlossener ÖPNV-Achsen.

Weitere Potenziale liegen in Dachgeschossausbau, in Aufstockungen, in der Rückführung zweckentfremdeter Wohnungen, in der Aktivierung von Leerstand und in der besseren Nutzung vorhandener Wohnflächen durch Wohnungstausch. Die Zweckentfremdungssatzung wollen wir konsequent überwachen und durchsetzen, weil die Rückführung vorhandenen Wohnraums deutlich günstiger ist als der Neubau.

Außerdem wollen wir genossenschaftliches und gemeinnütziges Wohnen als wirtschafts- und sozialpolitisches Instrument fördern und Belegrechtsbindungen deutlich verlängern. Das schafft bezahlbaren Wohnraum, ohne zwingend neue Flächen zu versiegeln.

Übereinstimmung

39. Welche guten Beispiele für eine nachhaltige Stadtentwicklung aus anderen europäischen Städten sind Ihnen bekannt, die auch für Hannover eine Chance sein könnten, wenn sie umgesetzt würden?

Die bereits genannten Beispiele Wien, Barcelona und Kopenhagen zeigen wichtige Grundprinzipien nachhaltiger Stadtentwicklung: Schwammstadt, weniger Durchgangsverkehr, mehr Grün, mehr Schatten, mehr Wasserrückhalt und mehr Aufenthaltsqualität. Für Hannover bedeutet das nicht, diese Modelle 1:1 zu kopieren, sondern ihre Grundideen passend auf unsere Quartiere zu übertragen.

Darüber hinaus sind weitere Städte interessant. Hamburg zeigt mit dem sogenannten „Hamburg-Standard“ für kostengünstiges Bauen, wie durch pragmatischere Standards, schlankere Verfahren und eine Konzentration auf das wirklich Notwendige Baukosten gesenkt und bezahlbarer Wohnraum schneller ermöglicht werden kann. Für Hannover kann daraus der Impuls entstehen, Planen und Bauen zu vereinfachen, ohne Klimaschutz, Bezahlbarkeit und Qualität gegeneinander auszuspielen.

Paris ist ein gutes Beispiel für die Idee der 15-Minuten-Stadt, für Schulstraßen und für die Umgestaltung von Straßenräumen zugunsten von Fußverkehr, Radverkehr, Grün und Aufenthaltsqualität. Rotterdam zeigt mit Wasserplätzen und blau-grüner Infrastruktur, wie Starkregenvorsorge und nutzbarer öffentlicher Raum zusammengedacht werden können.

Utrecht und Gent zeigen, wie Innenstädte durch gute Radinfrastruktur, ÖPNV, Parkraummanagement und weniger Durchgangsverkehr attraktiver werden können, ohne ihre Erreichbarkeit aufzugeben.

Entscheidend ist für uns: Nachhaltige Stadtentwicklung besteht nicht aus einer einzelnen Vorzeigemaßnahme. Es geht um das Zusammenspiel von bezahlbarem Wohnen, Klimaanpassung, guter Mobilität, weniger Flächenverbrauch, mehr Grün, sozialer Teilhabe und einer lebendigen Innenstadt.

Teilweise Übereinstimmung: Gute Ideen im Ausland sind bekannt, aber die weitere Versiegelung durch Neubau gemäß Hamburg-Standard halten wir für problematisch.

Zivilgesellschaft und Grundsätzliches

40. Beabsichtigen Sie die Kürzungen der institutionellen Förderungen bei den hannoverschen Umweltverbänden zurückzunehmen?

Umweltverbände leisten einen wichtigen Beitrag für Naturschutz, Klimaschutz,

Umweltbildung, Beteiligung und fachliche Beratung. Gerade in Zeiten von Klimawandel, Artenverlust und wachsendem Druck auf städtische Grünflächen braucht Hannover eine starke Umweltzivilgesellschaft.

Soweit Kürzungen bei der institutionellen Förderung von Umweltverbänden erfolgt sind, wollen wir diese im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zurücknehmen. Ziel muss es sein, verlässliche Strukturen zu erhalten und Umweltverbände nicht allein auf projektbezogene Förderung zu verweisen. Wo Kürzungen die kontinuierliche Arbeit, Beteiligung oder Umweltbildung gefährden, wollen wir uns für tragfähige Lösungen einsetzen. Eine konkrete Rücknahme muss jedoch im Haushalt verantwortbar abgebildet werden.

Übereinstimmung

41. Inwiefern ist materielles Wirtschaftswachstum angesichts von Klimawandel und Artenschwund noch verantwortbar?

Gut ist Wachstum vor allem dann, wenn es innerhalb ökologischer Grenzen stattfindet und gute Arbeit sowie Teilhabe für alle sichert. Unser Programm betrachtet Wirtschaft aus Sicht der Arbeitnehmer*innen, der Unternehmen, der Wissenschaft und des Standortes. Gute Arbeit braucht eine innovative, sozial und ökologisch verantwortliche Wirtschaft und eine Stadt, die gezielt in Zukunftsfähigkeit investiert.

Investitionen in klimafreundliche Technologien, Sanierung, erneuerbare Energien, soziale Infrastruktur, Bildung, Pflege, Handwerk und nachhaltige Mobilität können Wohlstand sichern, ökologische Transformation ermöglichen und Teilhabe für alle stärken. Ein zentraler Baustein ist für uns eine regionale Kreislaufwirtschaft, die Ressourcen spart, Abfälle vermeidet und Wertschöpfung vor Ort hält. Für uns steht deshalb nicht „mehr um jeden Preis“, sondern gute Arbeit, Klimaschutz, soziale Sicherheit, bezahlbares Wohnen und eine funktionierende öffentliche Infrastruktur im Vordergrund.

Teilweise Übereinstimmung: Gute Ideen zum qualitativen Wachstum werden genannt, aber das materielle Wirtschaftswachstum wird weiterhin in Betracht gezogen.

42. Welche Alternativen gibt es, um nachhaltiges Wirtschaften in Hannover zu etablieren?

Nachhaltiges Wirtschaften ist moderne Standortpolitik. Unternehmen, die Energie sparen, erneuerbare Energien nutzen, Ressourcen im Kreislauf führen und ihre Prozesse klimaneutral umbauen, werden langfristig wettbewerbsfähiger. Deshalb wollen wir Wirtschaftsförderung, Klimaschutz, Fachkräftesicherung und Innovationspolitik stärker miteinander verbinden.

Konkret wollen wir Unternehmen beim Umstieg auf erneuerbare Energien, Photovoltaik, Speicher, Abwärmenutzung, Wärmepumpen, Energieeffizienz und klimafreundliche Mobilität unterstützen. Dafür braucht es Beratung, Fördermittelmanagement, weniger bürokratische Hürden und klare Ansprechstellen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen dürfen mit der

Transformation nicht allein gelassen werden. Auch das Handwerk spielt eine Schlüsselrolle, weil vor Ort Photovoltaikanlagen installiert, Gebäude saniert, Wärmepumpen eingebaut und Ladeinfrastruktur aufgebaut werden müssen.

Darüber hinaus wollen wir Hannover als Standort für klimaneutrale Unternehmen, Kreislaufwirtschaft, Energie- und Klimatechnik sowie nachhaltige Gewerbegebiete stärken. Wirtschaftsförderung soll deshalb künftig stärker danach fragen, welche Beiträge Unternehmen zu

Klimaschutz, guter Arbeit, Ressourcenschonung und regionaler Wertschöpfung leisten. Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet für uns: gute Arbeitsplätze sichern, Innovation ermöglichen, Energie- und Ressourcenkosten senken und gleichzeitig Klima und Natur schützen.

Übereinstimmung, wenngleich etwas vage

43. Ist die private Freiheit (die umweltschädliches Verhalten ermöglicht) höher einzuschätzen als die soziale Verantwortung des Handelns auch in Hinblick auf die kommenden Generationen?

Unser Ziel ist eine Stadt, in der gutes Leben für alle möglich bleibt, heute und in Zukunft.

Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und persönliche Entfaltung gehören für uns zusammen.

Klimakrise, Artenverlust, Hitze, Starkregen, Lärm und Luftschadstoffe betreffen die gesamte Stadtgesellschaft und belasten besonders Menschen mit geringem Einkommen, Kinder, ältere Menschen und gesundheitlich vulnerable Gruppen.

Deshalb wollen wir klimafreundliches und ressourcenschonendes Handeln zur einfachen, bezahlbaren und attraktiven Wahl machen: durch guten ÖPNV, sichere Fuß- und Radwege, bezahlbare Wärme, energetische Sanierung, erneuerbare Energien, mehr Grün, weniger Versiegelung und eine nachhaltige Wirtschaft. Das schafft mehr Lebensqualität und mehr echte Handlungsmöglichkeiten im Alltag.

Eine solidarische Stadt sorgt vor, statt Probleme in die Zukunft zu verschieben. Deshalb investieren wir in öffentliche Infrastruktur, die allen nutzt: in saubere Energie, guten Nahverkehr, sichere Wege, bezahlbare Wärme, entsiegelte Flächen, Stadtgrün und klimaangepasste Quartiere. So schützen wir die natürlichen Lebensgrundlagen, stärken den sozialen Zusammenhalt und sichern gute Lebensbedingungen für kommende Generationen.

Teilweise Übereinstimmung: Private Freiheit und soziale Verantwortung werden zusammen gedacht. Dabei wird unserer Meinung nach jedoch übersehen, dass die individuelle Freiheit bisher oftmals höher eingestuft worden ist mit den bekannten Folgen (Klimawandel, Artensterben u.a.).

44. Welche Maßnahmen planen Sie, um das Umweltbewusstsein der Bevölkerung und nachhaltiges Handeln zu stärken?

Umweltbewusstsein entsteht nicht durch Appelle allein, sondern durch gute Informationen, konkrete Erfahrungen und Angebote, die nachhaltiges Handeln im Alltag einfacher machen. Deshalb wollen wir Umweltbildung, Beteiligung und praktische Unterstützung stärker miteinander verbinden.

Dazu gehören Bildungsangebote in Kitas, Schulen, Jugendzentren und Stadtteiltreffs, zum Beispiel zu Klimaschutz, Artenvielfalt, Energie, Wasser, Abfallvermeidung, Ernährung und nachhaltiger Mobilität. Besonders wichtig sind konkrete Lernorte wie Schulgärten, UrbanGardening-Projekte, Streuobstwiesen, Naturerlebnispfade, Projekte in der Eilenriede und Bildungsangebote zu Photovoltaik auf Schuldächern.

Gleichzeitig wollen wir nachhaltiges Verhalten im Alltag erleichtern: durch gut auffindbare Informationen zu Förderprogrammen, Energieberatung, Starkregenvorsorge, Dach- und Fassadenbegrünung, Balkon-PV, Mieterstrom, Abfallvermeidung, Repair- und SharingAngeboten sowie klimafreundlicher Mobilität. Umweltbewusstsein darf keine Frage des Geldbeutels sein. Deshalb müssen diese Angebote niedrigschwellig, verständlich, quartiersnah und sozial gerecht sein.

Übereinstimmung

Antworten CDU Hannover-Stadt

Verkehr

- 1. Was werden Sie konkret tun, um den Fußverkehrsanteil und den Radverkehrsanteil in Ihrer Amtszeit erheblich zu steigern?*

Wir wollen den Rad- und Fußverkehr sicher und funktional in ein leistungsfähiges Gesamtverkehrssystem einbinden. Dazu wollen wir sichere und praktikable Radwege fördern und bestehende Velorouten und Verkehrsführungen auf Funktion, Sicherheit und Akzeptanz überprüfen. Für den Fußverkehr setzen wir auf bessere Instandhaltung, mehr Beleuchtung, mehr Barrierefreiheit und den konsequenten Abbau von Hindernissen. Eine politisch vorgegebene Steigerung bestimmter Verkehrsanteile ist jedoch nicht Bestandteil unseres Wahlprogramms. Wir stehen für eine verkehrsmitteloffene Mobilitätspolitik, die Auto, ÖPNV, Radverkehr, Fußverkehr und Shared Mobility sinnvoll miteinander verbindet.

Teilweise Übereinstimmung: Die vorgeschlagenen Maßnahmen begrüßen wir, die umweltfreundlicheren Mobilitätsformen sollen jedoch Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr haben.

- 2. Unterstützen Sie unsere Forderung „Sanierung des Westschnellwegs im Bestand“? Welche Möglichkeiten gibt es, ohne Verbreiterung auf dem Schnellweg den Verkehr flüssig und sicher fließen zu lassen und zugleich die Anforderungen an die Vorgaben für eine Bundesstraße einzuhalten?*

Das Kommunalwahlprogramm enthält keine Festlegung auf eine bestimmte Ausbau- oder Sanierungsvariante des Westschnellwegs. Deshalb können wir aus unserem Wahlprogramm keine Zustimmung zu der Forderung „Sanierung im Bestand“ ableiten. Grundsätzlich setzen wir uns dafür ein, die Leistungsfähigkeit zentraler Verkehrsachsen zu erhalten und gezielt auszubauen. Dazu gehören intelligente Ampelschaltungen und Grüne Wellen auf Hauptstraßen, um Staus, Emissionen und Fahrzeiten zu reduzieren.

Keine Übereinstimmung

- 3. Welche konkreten Pläne haben Sie, um den motorisierten Individualverkehr in der Innenstadt zu reduzieren und zugleich den Menschen ein schnelles und bequemes Erreichen der City zu ermöglichen?*

Eine pauschale Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs ist nicht unser Ziel. Die Innenstadt soll auch künftig für alle Verkehrsträger erreichbar bleiben. Gleichzeitig wollen wir attraktive Alternativen stärken. Dazu gehören ein leistungsfähiger ÖPNV, der Ausbau und die Optimierung von Park-and-Ride-Angeboten sowie moderne Mobility Hubs, an denen Park-and-Ride, Carsharing, Leihfahrräder, E-Scooter, Ladeinfrastruktur und digitale Informationen zusammengeführt werden. Einen Rückbau des City-Rings lehnen wir ab.

Teilweise Übereinstimmung: Die vorgeschlagenen Maßnahmen begrüßen wir. Gleichwohl fordern wir die Verringerung des motorisierten Individualverkehrs in der City.

4. Welche konkreten Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität unterstützen Sie?

Unser Wahlprogramm sieht Ladeinfrastruktur ausdrücklich als Bestandteil moderner Mobility Hubs an wichtigen Endpunkten und Knoten des ÖPNV vor. Dort sollen Ladeinfrastruktur und andere Mobilitätsangebote sinnvoll miteinander verbunden werden. Darüber hinaus enthält das Wahlprogramm kein eigenes kommunales Förderprogramm für Elektromobilität.

Übereinstimmung

Klimafolgenanpassung

5. Das Programm zu Dach- und Fassadenbegrünung und Entsiegelung der Stadt ist ins Stocken geraten: Was wollen Sie tun, um mehr Anreize zu schaffen, damit mehr Fassaden in Hannover begrünt und Flächen entsiegelt werden?

Wir wollen ein kommunales Programm zur sichtbaren Verbesserung des Stadtbildes auflegen. Dazu gehören ausdrücklich Förderungen für Fassadenbegrünung und Anreize zur Entsiegelung von Flächen. Straßenräume wollen wir zudem durch Blühstreifen, heimische Pflanzen und pflegeleichte Begrünung ökologisch aufwerten.

Übereinstimmung

6. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die hannoverschen Fußwege, Radwege und Straßen stärker zu begrünen? Welche Beispiele dafür sind Ihnen aus anderen Städten, auch im Ausland, bekannt?

Wir wollen Straßenräume durch Blühstreifen, heimische Pflanzen und pflegeleichte Begrünung ökologisch aufwerten. Darüber hinaus wollen wir mehr Mittel für das 1.000-Bäume-Programm der Landeshauptstadt zur Verfügung stellen. Sitz- und Aufenthaltsbereiche sollen bewusst mit Begrünung verbunden werden. Konkrete Vorbilder aus anderen Städten oder dem Ausland benennt unser Kommunalwahlprogramm nicht.

Übereinstimmung

7. Welche Möglichkeiten zur Zurückhaltung und Nutzung von Regenwasser planen Sie?

Unser Kommunalwahlprogramm enthält keine konkrete Festlegung zur Zurückhaltung oder Nutzung von Regenwasser. Wir wollen deshalb an dieser Stelle keine Maßnahmen versprechen, die nicht Bestandteil unseres beschlossenen Programms sind.

Keine Übereinstimmung: Bewusst keine Vorschläge zu machen, ist aus unserer Sicht nicht zeitgemäß.

8. Welche politischen Maßnahmen wollen Sie treffen, um den Verbrauch von Trinkwasser deutlich zu senken?

Ein konkretes kommunales Programm zur Senkung des Trinkwasserverbrauchs ist nicht Bestandteil unseres Wahlprogramms. Vorgesehen sind allerdings mehr Trinkwasserspender und weitere Wasseranlagen im öffentlichen Raum. Eine darüber hinausgehende Zielvorgabe zur Senkung des Trinkwasserverbrauchs enthält das Programm nicht.

Keine Übereinstimmung: Aus unserer Sicht ist eine Senkung unumgänglich.

9. Wie wollen Sie die Kleingartenflächen als wichtige Frischluftschneisen, CO₂-Senken und Klimaoasen sowie Erholungsorte stark verdichteter Wohngebiete dauerhaft sichern?

Wir wollen möglichst viele Kleingärten als grüne Lunge Hannovers erhalten, modernisieren und gemeinsam mit Pächtern und Vereinen weiterentwickeln. Gleichzeitig braucht Hannover zusätzlichen Wohnraum. Deshalb wollen wir insbesondere Baulücken systematisch erfassen und aktivieren sowie leerstehende oder mindergenutzte Gewerbeflächen in Wohnraum umwandeln, wenn dies städtebaulich sinnvoll ist.

Keine Übereinstimmung: Es werden keine Vorschläge zur dauerhaften Sicherung genannt.

Energiewende

10. Wie soll der Ausbau von Photovoltaik – besonders auf kommunalen und großen gewerblichen Gebäuden sowie Parkplätzen – beschleunigt werden?

Unser Kommunalwahlprogramm enthält kein konkretes Photovoltaik-Ausbauprogramm für kommunale oder gewerbliche Gebäude und Parkplätze. Wir bekennen uns zu den Klimazielen von Bund und Europäischer Union. Klimaschutz muss dabei wirtschaftlich vernünftig, technologisch realistisch und sozial tragfähig umgesetzt werden.

Keine Übereinstimmung: Es werden keine Vorschläge genannt.

11. Welche Anreize braucht es, damit private und gewerbliche Eigentümer PV-Anlagen und Speicher installieren?

Konkrete kommunale Förderinstrumente oder Anreize für private und gewerbliche Photovoltaikanlagen und Speicher sind im Kommunalwahlprogramm nicht festgelegt. Wir wollen deshalb hierzu keine zusätzlichen Zusagen machen, die über unser beschlossenes Programm hinausgehen.

Keine Übereinstimmung: Es werden keine Anreize genannt.

12. Welche Schritte schlagen Sie vor, um klimafreundliche, dezentrale Heizmöglichkeiten zu fördern und dort, wo es möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, Wärmenetze auszubauen und Abwärme von Betrieben mit einzuspeisen?

Wir wollen die kommunale Wärmeplanung nach Beginn der neuen Ratsperiode sorgfältig evaluieren und spätestens bis Ende 2027 einen belastbaren Abschlussbericht vorlegen. Kosteneffizienz, Resilienz, Realisierbarkeit und Versorgungssicherheit müssen dabei im Mittelpunkt stehen. Die Wärmeplanung soll um ein Nahwärmekataster und klare Aussagen zu zulässigen individuellen Lösungen ergänzt werden. Dem Anschluss- und Benutzungszwang für Fernwärme stehen wir kritisch gegenüber. Wir fordern Technologieoffenheit für Privathaushalte. Konkrete Festlegungen zur Einspeisung betrieblicher Abwärme enthält unser Wahlprogramm nicht.

Übereinstimmung

13. Mit welchen Maßnahmen kann der zu erwartende Anstieg des Stromverbrauchs begrenzt werden?

Das Kommunalwahlprogramm enthält keine konkrete Zielvorgabe oder ein Maßnahmenprogramm zur Begrenzung des Stromverbrauchs. Unser energiepolitisches Ziel ist eine nachhaltige, sichere und bezahlbare Energieversorgung für Hannover.

Keine Übereinstimmung: Es werden keine Vorschläge zur Begrenzung genannt.

Stadtentwicklung

14. Wie wollen Sie das Ziel von Bundes- und Landesregierung erreichen, bis 2050 den Nettoflächenverbrauch auf Null zu reduzieren, wenn Wohnungsbau und das Einrichten von Gewerbeflächen weiterhin wie bisher mit ungebremster Flächenversiegelung einhergehen?

Unser Kommunalwahlprogramm enthält keine Festlegung auf das in der Frage genannte Netto-Null-Flächenziel. Wir setzen aber auf einen verantwortungsvollen Umgang mit Flächen. Baulücken sollen systematisch erfasst und aktiviert und leerstehende oder mindergenutzte Gewerbeflächen in Wohnraum umgewandelt werden können, wenn dies städtebaulich sinnvoll ist. Gleichzeitig wollen wir neue Wohngebiete dort ausweisen, wo dies verantwortbar und infrastrukturell tragfähig ist. Ergänzend wollen wir Anreize zur Entsiegelung schaffen und Straßenräume ökologisch aufwerten.

Keine Übereinstimmung: Das Netto-Null-Ziel wird nicht angestrebt.

15. Wie lange soll noch weiter gebaut werden angesichts des kontinuierlichen Anstiegs der Wohnfläche pro Person?

Hannover braucht weiterhin neuen Wohnraum. Viele Menschen finden nur schwer eine passende Wohnung. Besonders Familien, Studenten, Auszubildende, Senioren und Menschen

mit mittlerem Einkommen leiden unter einem knappen Wohnungsangebot und steigenden Mieten. Deshalb wollen wir Bauen ermöglichen und beschleunigen. Neue Wohngebiete sollen dort ausgewiesen werden, wo dies verantwortbar und infrastrukturell tragfähig ist.

Keine Übereinstimmung: Die Fokussierung auf Neubau stimmt nicht mit unseren Positionen überein.

16. Wo und wie könnte in Hannover ganz konkret alternativ Wohnraum geschaffen werden, ohne Flächen zu versiegeln oder Kleingärten zu bebauen, zum Beispiel durch Umbaumaßnahmen im Bestand einschließlich Bürogebäude?

Hier enthält unser Wahlprogramm konkrete Ansätze. Baulücken sollen systematisch erfasst und aktiviert werden. Leerstehende oder mindergenutzte Gewerbeflächen sollen unbürokratisch in Wohnraum umgewandelt werden können, wenn dies städtebaulich sinnvoll ist. Für das Ihme-Zentrum fordern wir ausdrücklich die Umwandlung leerstehender Büroflächen in Wohnungen.

Teilweise Übereinstimmung: Die Vorschläge begrüßen wir. Die Bebauung von Baulücken bedeutet jedoch neue Flächenversiegelung.

17. Welche guten Beispiele für eine nachhaltige Stadtentwicklung aus anderen europäischen Städten sind Ihnen bekannt, die auch für Hannover eine Chance sein könnten, wenn sie umgesetzt würden?

Unser Kommunalwahlprogramm benennt keine europäischen Städte als konkrete Vorbilder. Für Hannover setzen wir auf eine Stadtentwicklung, die Wohnungsbau, Verkehrsanbindung, Parkraumversorgung, soziale Infrastruktur, Grünflächen, Nahversorgung und Bildungsangebote von Anfang an zusammendenkt.

Keine Übereinstimmung: Es werden keine Beispiele genannt.

Zivilgesellschaft und Grundsätzliches

18. Beabsichtigen Sie, die Kürzungen der institutionellen Förderungen bei den hannoverschen Umweltverbänden zurückzunehmen?

Das Kommunalwahlprogramm enthält keine Festlegung zur institutionellen Förderung der hannoverschen Umweltverbände und auch keine Zusage, bestimmte Kürzungen zurückzunehmen. Deshalb können wir hierzu aus dem beschlossenen Wahlprogramm keine weitergehende Zusage ableiten.

Keine Übereinstimmung: Aus der Antwort ergibt sich keine Perspektive, die Kürzung der institutionellen Förderung zurückzunehmen.

19. Inwiefern ist materielles Wirtschaftswachstum angesichts von Klimawandel und Arten-schwund noch verantwortbar?

Für uns ist eine starke Wirtschaft die Grundlage für Wohlstand, Beschäftigung und die Handlungsfähigkeit unserer Stadt. Sie schafft Arbeitsplätze, sichert Einkommen, ermöglicht Investitionen und erwirtschaftet die Steuereinnahmen, die Hannover unter anderem für Schulen, Infrastruktur und soziale Leistungen benötigt. Gleichzeitig bekennen wir uns zu den Klimazielen von Bund und Europäischer Union. Klimaschutz muss wirtschaftlich vernünftig, technologisch realistisch und sozial tragfähig umgesetzt werden.

Unklar: Die Frage nach der Verantwortbarkeit wird nicht hinreichend beantwortet.

20. Welche Alternativen gibt es, um nachhaltiges Wirtschaften in Hannover zu etablieren?

Wir wollen den wirtschaftlichen Wandel aktiv begleiten, Innovationen fördern und Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Hannover sichern. Dazu setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit von Stadt, Region, Hochschulen, Kammern, Unternehmen und Arbeitnehmervertretern. Außerdem wollen wir Hannover stärker als Innovationsstandort profilieren, Technologietransfer fördern und Transferzentren, Innovationswettbewerbe, Gründerzentren und innovationsorientierte Netzwerke ausbauen.

Keine Übereinstimmung: Die genannten Vorschläge sind Maßnahmen des herkömmlichen Wirtschaftens, aber aus unserer Sicht keine Alternativen für Nachhaltigkeit in der Wirtschaft.

21. Ist die private Freiheit, die umweltschädliches Verhalten ermöglicht, höher einzuschätzen als die soziale Verantwortung des Handelns auch im Hinblick auf kommende Generationen?

Unser Wahlprogramm nimmt eine solche abstrakte Rangfolge zwischen privater Freiheit und sozialer Verantwortung nicht vor. Es bekennt sich zu den Klimazielen von Bund und Europäischer Union und zugleich zu einer Energie- und Umweltpolitik, die wirtschaftlich vernünftig, technologisch realistisch und sozial tragfähig ist. Kommunale Energie- und Umweltpolitik darf die Bürger nicht überfordern. Sie muss auf Ehrlichkeit, Transparenz und technische Machbarkeit setzen.

Teilweise Übereinstimmung: Mit der Zielrichtung stimmen wir überein. Es bleibt unklar, wie diese erreicht werden soll angesichts der aktuellen Lebensweise.

22. Welche Maßnahmen planen Sie, um das Umweltbewusstsein der Bevölkerung und nachhaltiges Handeln zu stärken?

Ein eigenes kommunales Programm zur Umweltbildung oder zur Veränderung individuellen Verhaltens enthält unser Wahlprogramm nicht. Es setzt stattdessen auf konkrete Maßnahmen für mehr Umwelt- und Lebensqualität: mehr Mittel für das 1.000-Bäume-Programm,

Förderungen für Fassadenbegrünung, Anreize zur Entsiegelung, Blühstreifen, heimische Pflanzen und pflegeleichte Begrünung, den Erhalt möglichst vieler Kleingärten sowie die Prüfung einer Erweiterung der Eilenriede an geeigneten Randflächen.

Keine Übereinstimmung: Es werden keine Vorschläge zur Förderung des Umweltbewusstseins genannt.

Antworten FDP Hannover

1. Was werden Sie konkret tun, um den Fußverkehrsanteil und den Radverkehrsanteil erheblich zu steigern?

Wir wollen, dass mehr Menschen freiwillig zu Fuß gehen oder das Fahrrad nutzen, weil die Infrastruktur attraktiv, sicher und komfortabel ist – nicht, weil andere Verkehrsmittel künstlich unattraktiv gemacht werden. Dazu gehören durchgängige und sichere Radwege, die Beseitigung gefährlicher Kreuzungen und Lücken im Radwegenetz, bessere Abstellmöglichkeiten und gut gepflegte Fußwege. Besonders wichtig sind uns konfliktarme Lösungen, bei denen Rad-, Fuß- und Autoverkehr möglichst nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wo zusätzlicher Raum erforderlich ist, sollten zunächst intelligente Verkehrsführung, Neuordnung vorhandener Flächen und bauliche Lösungen geprüft werden, bevor Fahrspuren oder Parkplätze ersatzlos entfallen.

Übereinstimmung

2. Unterstützen Sie die Forderung „Sanierung des Westschnellwegs im Bestand“?

Wir unterstützen eine leistungsfähige Sanierung des Westschnellwegs und lehnen eine Verkehrspolitik ab, die seine Leistungsfähigkeit bewusst reduziert. Eine reine Verbreiterung ist für uns allerdings ebenfalls kein Selbstzweck. Entscheidend ist, welche Lösung Verkehrssicherheit, Leistungsfähigkeit, Lärmschutz und möglichst geringe Eingriffe in Natur und angrenzende Quartiere am besten miteinander verbindet.

Möglichkeiten sehen wir insbesondere in intelligenter Verkehrssteuerung, optimierten Auf- und Abfahrten, einer besseren Verknüpfung der Schnellwege sowie modernen Lärm- und Umweltschutzmaßnahmen. Für uns gilt: Sanieren und modernisieren statt blockieren oder künstlich verengen.

Keine Übereinstimmung

3. Wie wollen Sie den motorisierten Individualverkehr in der Innenstadt reduzieren und zugleich ein schnelles Erreichen der City ermöglichen?

Eine attraktive Innenstadt entsteht nicht dadurch, dass man ihre Erreichbarkeit verschlechtert.

Wer weniger Autoverkehr möchte, muss bessere Alternativen anbieten. Wir wollen deshalb Stadtbahn und Bus weiter ausbauen - insbesondere die Ringverbindungen, P+R-Angebote an den Stadträndern ausbauen, Radwege verbessern.

Gleichzeitig muss die Innenstadt für Menschen erreichbar bleiben, die auf das Auto angewiesen sind oder aus dem Umland kommen. Wir setzen deshalb auf digitale Parkleitsysteme,

eine gute Erreichbarkeit der Parkhäuser und intelligente Verkehrssteuerung. Einen ersatzlosen Abbau von Fahrspuren und Parkplätzen lehnen wir ab.

Teilweise Übereinstimmung: Viele zielführende Vorschläge, aber eine unbedingte Erhaltung von Parkplätzen für Privat-PKW lehnen wir ab

4. Welche Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität unterstützen Sie?

Wir wollen insbesondere die Ladeinfrastruktur beschleunigt ausbauen. Dazu gehören Ladepunkte in Wohnquartieren, an öffentlichen Einrichtungen, in Parkhäusern und auf gewerblichen Parkflächen sowie Schnellladeangebote an wichtigen Verkehrsachsen.

Die Kommunen sollten vor allem Genehmigungen vereinfachen und Flächen bereitstellen. Gleichzeitig bleiben wir technologieoffen: Kommunale Politik sollte Klimaziele definieren, aber nicht entscheiden, welche einzelne Antriebstechnologie sich langfristig durchsetzt.

Teilweise Übereinstimmung: Die konkreten Maßnahmen unterstützen wir. Hinter der Technologieoffenheit vermuten wir ein Festhalten an veralteter Verbrenner-Technologie.

Klimafolgenanpassung

5. Wie wollen Sie mehr Anreize für Fassadenbegrünung und Entsiegelung schaffen?

Wir setzen auf Förderprogramme und vor allem weniger Bürokratie. Wer einen Innenhof entsiegelt, ein Dach begrünt oder eine Fassade bepflanzt, sollte nicht zunächst mit komplizierten Anträgen und Genehmigungen konfrontiert werden.

Besonders bei Neubauten und größeren Sanierungen sollte die Stadt Eigentümer frühzeitig über wirtschaftlich sinnvolle Möglichkeiten informieren. Förderprogramme müssen einfach, digital und verlässlich sein.

Teilweise Übereinstimmung: Bei Neubauten sollten aus unserer Sicht Fassadenbegrünungen vorgeschrieben werden.

6. Wie sollen Fußwege, Radwege und Straßen stärker begrünt werden?

Wir wollen Straßenbäume und Grünflächen insbesondere dort ausbauen, wo sie einen messbaren Beitrag gegen sommerliche Hitze leisten. Dabei müssen Verkehrs- und Rettungswege funktionsfähig bleiben.

Interessant sind beispielsweise Baumrigolen und das Prinzip der „Schwammstadt“. Auch sogenannte Cool Streets beziehungsweise begrünte Aufenthaltsräume können wirksam zur Abkühlung in dicht bebaute Quartiere beitragen.

Entscheidend ist für uns allerdings nicht die möglichst spektakuläre Maßnahme, sondern ein gutes Verhältnis zwischen Kosten und tatsächlicher Klimawirkung.

Übereinstimmung

7. Welche Möglichkeiten zur Zurückhaltung und Nutzung von Regenwasser planen Sie?

Hannover sollte das Schwammstadt-Prinzip konsequenter verfolgen: Regenwasser soll möglichst dort gespeichert, versickert oder genutzt werden, wo es anfällt. Dazu gehören Entsiegelung, Versickerungsflächen, Baumrigolen und Dachbegrünungen.

Bei Neubaugebieten sollte dezentrales Regenwassermanagement von Beginn an Teil der Planung sein. Das reduziert gleichzeitig Überflutungsrisiken bei Starkregen und verbessert das Stadtklima.

Übereinstimmung

8. Wie wollen Sie den Trinkwasserverbrauch deutlich senken?

Wir setzen in erster Linie auf intelligente Nutzung statt pauschaler Einschränkungen. Regen- und Brauchwasser können beispielsweise für Bewässerung oder geeignete gewerbliche Prozesse genutzt werden. Kommunale Gebäude sollten dabei eine Vorbildfunktion übernehmen. Zusätzlich können digitale Messsysteme helfen, Leckagen und ungewöhnlich hohe Verbräuche frühzeitig zu erkennen. Gerade bei Unternehmen können geschlossene Wasserkreisläufe erhebliche Einsparungen ermöglichen.

Teilweise Übereinstimmung: Die Vorbildfunktion kommunaler Gebäude begrüßen wir ausdrücklich. Darüber hinaus in erster Linie auf Freiwilligkeit zu setzen, halten wir jedoch für nicht ausreichend.

9. Wie wollen Sie Kleingartenflächen dauerhaft sichern?

Kleingärten sind ein wichtiger Bestandteil des Stadtgrüns und erfüllen ökologische und soziale Funktionen. Deshalb wollen wir den weit überwiegenden Teil dauerhaft erhalten.

Wir halten es aber für falsch, jede einzelne Fläche unabhängig von Lage und Stadtentwicklung für alle Zeiten für unantastbar zu erklären. In einer wachsenden Stadt müssen in begründeten Einzelfällen unterschiedliche Interessen gegeneinander abgewogen werden können. Sollte eine Kleingartenfläche ausnahmsweise für eine besonders wichtige Stadtentwicklungsmaßnahme benötigt werden, müssen qualitativ angemessene Ersatzflächen geschaffen werden.

Teilweise Übereinstimmung: Der Schutz der aktuellen Gesamtflächen wird nicht explizit genug gefordert. Zudem bleibt unklar, was begründete Einzelfälle sind.

Energiewende

10. Wie soll Photovoltaik schneller ausgebaut werden?

Kommunale Dächer sollten systematisch darauf geprüft werden, ob PV wirtschaftlich installiert werden kann. Dasselbe gilt für große Parkplätze, beispielsweise durch PV-Carports. Bei Gewerbeimmobilien wollen wir Genehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen. Unser Grundsatz lautet: Dächer und bereits versiegelte Flächen zuerst nutzen, bevor zusätzliche Freiflächen beansprucht werden.

Übereinstimmung

11. Welche Anreize braucht es für private und gewerbliche PV-Anlagen und Speicher?

Der größte Hebel liegt aus unserer Sicht häufig weniger in zusätzlichen Subventionen als in weniger Bürokratie, schnelleren Netzanschlüssen und verlässlichen Rahmenbedingungen. Die Stadt sollte Genehmigungsprozesse digitalisieren und vereinfachen. Kommunale Förderprogramme können dort sinnvoll sein, wo sie tatsächlich zusätzliche Investitionen auslösen; Dauersubventionen nach dem Gießkannenprinzip lehnen wir ab.

Übereinstimmung

12. Wie wollen Sie klimafreundliche dezentrale Heizungen, Wärmenetze und Abwärmenutzung fördern?

Wir unterstützen den Ausbau von Wärmenetzen dort, wo sie technisch sinnvoll und wirtschaftlich tragfähig sind. Industrielle Abwärme, Großwärmepumpen, Geothermie und weitere Wärmequellen sollten dabei technologieoffen geprüft werden. Gleichzeitig lehnen wir es ab, Eigentümer ohne Not an eine bestimmte Technologie zu binden. Die kommunale Wärmeplanung sollte Orientierung und Investitionssicherheit schaffen, aber möglichst keine individuellen Lösungen verhindern.

Übereinstimmung

13. Wie kann der erwartete Anstieg des Stromverbrauchs begrenzt werden?

Elektrifizierung ist Bestandteil der Energiewende – deshalb wird der Stromverbrauch in einigen Bereichen zwangsläufig steigen. Entscheidend ist weniger, den absoluten Stromverbrauch politisch zu begrenzen, sondern Energie effizienter einzusetzen und ausreichend klimafreundlichen Strom bereitzustellen.

Smart Grids, intelligente Stromzähler, Speicher, flexible Tarife und energieeffiziente Gebäude können Lastspitzen reduzieren. Entscheidend ist am Ende die CO₂-Bilanz und nicht allein die Zahl der verbrauchten Kilowattstunden.

Keine Übereinstimmung: Wir halten die genannten Maßnahmen nicht für ausreichend, um den erwarteten Anstieg im erforderlichen Maße zu begrenzen.

Stadtentwicklung

14. Wie wollen Sie den Nettoflächenverbrauch auf Null reduzieren?

Wir setzen konsequent auf Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Hannover verfügt über erhebliche Potenziale durch Nachverdichtung, Aufstockung, Umnutzung und die Entwicklung bereits versiegelter oder mindergenutzter Flächen.

Gleichzeitig dürfen wir uns nichts vormachen: Eine wachsende Stadt braucht Wohnungen und Gewerbeflächen. Deshalb lehnen wir starre Flächenquoten ab, wenn sie notwendigen Wohnungsbau faktisch unmöglich machen. Entscheidend ist, vorhandene Flächen wesentlich effizienter zu nutzen.

Teilweise Übereinstimmung: Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind teilweise sinnvoll, aber insgesamt nicht ausreichend.

15. Was schlagen Sie gegen den steigenden Wohnflächenverbrauch pro Einwohner vor?

Wir halten es nicht für Aufgabe der Politik, Menschen vorzuschreiben, wie viele Quadratmeter Wohnfläche ihnen zustehen. Der steigende Wohnflächenverbrauch hängt unter anderem mit kleineren Haushalten und dem demografischen Wandel zusammen.

Politik kann aber dafür sorgen, dass ein vielfältigeres Wohnungsangebot entsteht: kleinere Wohnungen, flexible Grundrisse, gemeinschaftliche Wohnformen und attraktive Angebote für ältere Menschen, die sich verkleinern möchten. Wer aus einem großen Haus in eine kleinere barrierefreie Wohnung ziehen möchte, sollte auch ein entsprechendes Angebot finden.

Übereinstimmung: Die vorgeschlagenen Maßnahmen tragen zur Problemlösung bei.

16. Wo kann Wohnraum entstehen, ohne weitere Flächen zu versiegeln oder Kleingärten zu bebauen?

Aufstockungen bestehender Gebäude, Dachgeschossausbau, Umwandlung geeigneter Büro- und Gewerbeimmobilien, Überbauung eingeschossiger Einzelhandelsflächen und Parkplätze sowie Nachverdichtung bestehender Quartiere.

Wir wollen deshalb Genehmigungsverfahren massiv beschleunigen und insbesondere Aufstockungen und Umnutzungen erleichtern. Unser Ziel ist, dass Wohnungsbau nicht jahrelang an Verwaltung und Vorschriften scheitert.

Teilweise Übereinstimmung: Die vorgeschlagenen Maßnahmen unterstützen wir weit überwiegend. Nachverdichtung/Neubau führt jedoch zu Flächenversiegelung. Die Vereinfachung von Genehmigungsverfahren darf nicht auf Kosten des Naturschutzes gehen.

17. Welche europäischen Beispiele nachhaltiger Stadtentwicklung sind für Hannover interessant?

Kopenhagen ist für uns beim Zusammenspiel unterschiedlicher Verkehrsmittel und beim Regenwassermanagement interessant. Wien bietet Beispiele für klimaangepasste öffentliche

Räume. Helsinki und Tallinn zeigen, welches Potenzial konsequent digitalisierte Verwaltungen besitzen.

Dabei wollen wir keine Stadt kopieren. Hannover sollte erfolgreiche Konzepte übernehmen, wenn sie hier funktionieren – und nicht, weil sie gerade stadtpolitisch modern erscheinen.

Übereinstimmung

Zivilgesellschaft und Grundsätzliches

18. Wollen Sie Kürzungen der institutionellen Förderung von Umweltverbänden zurücknehmen?

Eine pauschale Rücknahme aller Kürzungen unterstützen wir nicht. Institutionelle Förderung darf kein Automatismus sein – unabhängig davon, welcher Verband sie erhält.

Öffentliche Mittel müssen transparent vergeben und regelmäßig auf Wirkung, Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft werden. Umweltverbände leisten wichtige Arbeit und können selbstverständlich gefördert werden. Entscheidend müssen aber nachvollziehbare Kriterien und konkrete Leistungen sein, nicht die dauerhafte Finanzierung bestehender Strukturen.

Keine Übereinstimmung

19. Ist materielles Wirtschaftswachstum angesichts von Klimawandel und Artenschwund noch verantwortbar?

Ja – wenn Wachstum zunehmend vom Ressourcenverbrauch entkoppelt wird. Die Vorstellung, Wohlstand könne langfristig allein durch Verzicht gesichert werden, überzeugt uns nicht.

Technischer Fortschritt ermöglicht es, mit weniger Energie und Rohstoffen mehr Wertschöpfung zu erzielen. Eine prosperierende Wirtschaft schafft außerdem die finanziellen und technologischen Möglichkeiten, Umweltprobleme zu lösen. Unser Ziel ist deshalb nicht weniger Wohlstand, sondern saubereres und ressourceneffizienteres Wachstum.

Keine Übereinstimmung: Den skizzierten Ansatz halten wir für nicht realistisch.

20. Welche Alternativen gibt es, um nachhaltiges Wirtschaften in Hannover zu etablieren?

Nachhaltiges Wirtschaften ist für uns keine Alternative zur Marktwirtschaft, sondern eine ihrer zentralen Zukunftsaufgaben. Unternehmen investieren massiv in Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft, erneuerbare Energien und neue Technologien, wenn dafür verlässliche Rahmenbedingungen bestehen.

Hannover sollte deshalb insbesondere Innovationen ermöglichen: schnellere Genehmigungen, Flächen für innovative Unternehmen, Kooperationen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie Möglichkeiten, neue Technologien in Reallaboren praktisch zu erproben. Klimaschutz kann gerade für einen Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort wie Hannover ein Innovationstreiber sein.

Teilweise Übereinstimmung: Die genannten Maßnahmen gehen in die richtige Richtung, reichen aber bei Weitem nicht aus.

21. Ist private Freiheit höher einzuschätzen als soziale Verantwortung gegenüber kommenden Generationen?

Wir halten diese Gegenüberstellung für falsch. Freiheit und Verantwortung gehören zusammen.

Private Freiheit bedeutet nicht das Recht, sämtliche Folgen des eigenen Handelns auf andere oder kommende Generationen abzuwälzen. Deshalb braucht eine freie Gesellschaft Regeln beispielsweise zum Schutz von Luft, Wasser und Natur.

Wir wollen klare ökologische Rahmenbedingungen setzen und den Menschen anschließend möglichst viel Freiheit dabei lassen, wie sie diese Ziele erreichen. Verbote und detaillierte Vorgaben sollten das letzte und nicht das erste Mittel sein.

Teilweise Übereinstimmung: Freiheit und Verantwortung zusammenzudenken, halten wir für äußerst sinnvoll. Leider wird in der Realität die Freiheit größtenteils ohne Verantwortung ausgelebt.

22. Wie wollen Sie Umweltbewusstsein und nachhaltiges Handeln stärken?

Wir setzen auf Information, Transparenz und praktische Möglichkeiten statt moralischer Bevormundung. Nachhaltiges Verhalten muss möglichst einfach und attraktiv sein.

Wenn ÖPNV zuverlässig ist, Menschen gerne Fahrrad fahren, energetische Sanierungen unkompliziert möglich sind, Mülltrennung funktioniert und klimafreundliche Technologien wirtschaftlich attraktiv sind, entscheiden sich viele Menschen freiwillig dafür.

Die Aufgabe der Politik besteht deshalb nicht darin, den Bürgerinnen und Bürgern einen bestimmten Lebensstil vorzuschreiben. Sie sollte Rahmenbedingungen schaffen, in denen Freiheit, Wohlstand und ökologische Verantwortung miteinander vereinbar sind.

Übereinstimmung

Antworten Die Linke

Verkehr

1. *Was werden Sie konkret tun, um den Fußverkehrsanteil und den Radverkehrsanteil in Ihrer Amtszeit erheblich zu steigern?*

Antwort: Wir brauchen deutlich mehr autofreie Straßen in der Innenstadt, ein generelles Tempo 30 und Blitzer an allen Ampeln. Das würde viele Menschen dazu bewegen, nicht mit dem Auto in die Stadt zu fahren und würde zudem der Stadt zusätzliche Einnahmen bringen. Radwege sind überall sicherer zu gestalten, breiter und nicht als Konkurrenz zu den Autos im selben Straßenabschnitt. Ein Grünstreifen zwischen Straße und Radweg würde das Radfahren sicherer machen und stellt zugleich eine wirksame Maßnahme zur Klimaverbesserung in der Innenstadt dar.

Teilweise Übereinstimmung: Einige Maßnahmen halten wir für sinnvoll, andere für überzogen (Blitzer an allen Ampeln und ein generelles Tempolimit von 30).

2. *Unterstützen Sie unsere Forderung: „Sanierung des Westschnellwegs im Bestand“? Welche Möglichkeiten gibt es, ohne Verbreiterung auf dem Schnellweg den Verkehr flüssig und sicher fließen zu lassen und zugleich die Anforderungen an die Vorgaben für eine Bundesstraße einzuhalten?*

Antwort: Ein eindeutiges Ja zu dieser Forderung des BUND. Durch eine einheitliche Geschwindigkeitsbegrenzung – z.B. auf 80 km/h auf dem Schnellweg - kann ein gleichmäßiger und sicherer Verkehrsfluss erreicht werden. Die geplante Verbreiterung des Schnellweges ist dagegen reinste Naturzerstörung, verbunden mit der Verschwendung von öffentlichen Finanzen, die im Interesse von Mensch und Natur viel sinnvoller eingesetzt werden können: zur Verkehrsberuhigung und zur Stadtbegrünung sowie für den ÖPNV.

Übereinstimmung

3. *Welche konkreten Pläne haben Sie, um den motorisierten Individualverkehr in der Innenstadt zu reduzieren und zugleich den Menschen ein schnelles und bequemes Erreichen der City zu ermöglichen?*

Antwort: Zum einen siehe Antwort zu Frage 1. Des weiteren könnte, wie z.B. in Nürnberg, die Innenstadt ganz für den individuellen motorisierten Autoverkehr gesperrt werden; durch eine ÖPNV-Ringstrecke kann die Innenstadt von allen Seiten dann fußläufig erreicht werden. Das ist auch in Großstädten wie Wien und Oslo bereits umgesetzt worden. In Köln werden bis Ende dieses Jahres alle innerstädtischen Parkmöglichkeiten (außer für Anlieger*innen und körperlich Beeinträchtigte) abgeschafft. Davon ist Hannover noch sehr weit entfernt. Parkplätze am Stadtrand, von denen Besucher*innen von außerhalb der Stadt mit einem

günstigen und perspektivisch entgeltfreien sowie zeitlich kurz getakteten ÖPNV in die Innenstadt gelangen können, würden die Innenstadt sowohl bezogen auf die Emissionen als auch den Lärm viel verträglicher machen.

Übereinstimmung: Auch wenn die autofreie Innenstadt keine Position von uns ist, begrüßen wir den Vorschlag als umfassende Idee, um die Innenstadt nennenswert aufzuwerten.

4. Welche konkreten Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität unterstützen Sie?

Antwort: Ein verstärkter Ausbau von Schnellladestationen ist dringend erforderlich. Nur wenn es möglich gemacht wird - und es gibt diese technischen Möglichkeiten schon - dass innerhalb kürzester Zeit die Batterie wieder aufgeladen werden kann, werden die Menschen, die nicht auf ein Auto verzichten können, zumindest den Schritt zum E-Auto wagen. Die von der Bundesregierung geplante Reduzierung der Zuschüsse für E-Autos ist hier kontraproduktiv. Eine verbindliche Vorgabe an Parkplätze größerer Gewerbebetriebe, dort moderne E-Ladestationen einzurichten, sowie der Bau solcher Ladestationen auch auf kommunalen Parkplätzen würde die derzeit noch vorhandene Zurückhaltung zur Nutzung von E-Autos deutlich reduzieren. Des weiteren sollte verstärkt Solarenergie zur Aufladung von E-Auto-Ladestationen genutzt werden.

Übereinstimmung

Klimafolgenanpassung

5. Das Programm zu Dach- und Fassadenbegrünung und Entsiegelung der Stadt ist ins Stocken geraten: Was wollen Sie tun, um mehr Anreize zu schaffen, damit mehr Fassaden in Hannover begrünt und Flächen entsiegelt werden?

Antwort: In den B-Plänen für neue Wohngebiete müssen verbindlich die Wärmedämmung, die Hausbegrünung sowie Photovoltaik und Wärmepumpen (falls kein Fern- oder Nahwärmeanschluss möglich) vorgeschrieben werden. Für Gebäude im Bestand sollen auch kommunale Zuschüsse für die zuvor genannten Maßnahmen bereitgestellt werden. Die dafür notwendigen Finanzmittel müssen beim Straßenneubau eingespart werden.

Ungenutzte versiegelte Flächen müssen durch Grünbereiche ersetzt werden; hier kann auch eine Unterstützung durch fachkundige städtische Grünanlagenbetreuer*innen äußerst sinnvoll sein.

Übereinstimmung

6. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die hannoverschen Fußwege, Radwege und Straßen stärker zu begrünen? Welche Beispiele dafür sind Ihnen dafür aus anderen Städten, auch im Ausland, bekannt?

Antwort: Angesichts des sich immer mehr beschleunigenden Klimawandels hin zu einer Klimakatastrophe brauchen wir u.a. viel mehr Grün in der Innenstadt. Zusätzliche wasserdurchlässige Grünflächen in der Innenstadt und Grün- und Blühstreifen zwischen Fahr- sowie Fuß- und Radwegen sind weitere sinnvolle Maßnahmen. Das muss durch ein kommunales Begrünungsprogramm erfolgen, das ebenfalls aus den vorgesehenen Mitteln für den Straßenbau finanziert werden kann und muss.

In den Niederlanden werden z.B. 2.700 Baumarten für den urbanen Bereich gezüchtet. Auch das Projekt Stadtgrün des BMFT in Deutschland fördert entsprechende Projekte.

Übereinstimmung

7. Welche Möglichkeiten zur Zurückhaltung und Nutzung von Regenwasser planen Sie?

Antwort: An möglichst vielen Gebäuden sind Regenwasserauffangbehälter zu installieren, um dieses Wasser als Brauchwasser nutzen zu können und dafür nicht wertvolles Trinkwasser zu verwenden. Weiterhin können in kommunalen Regenrückhaltebecken, deren Anzahl deutlich zu steigern ist, große Regenmengen gespeichert werden. Mit einem Schwammstadt-Konzept kann zudem zusätzliches Regenwasser durch wasserdurchlässige Gehwege und innerstädtische Grünflächen in Zisternen gesammelt werden.

Das bereits auf Landesebene beschlossene Verbot von Schottergärten, das aber von vielen Kommunen - so auch der LHH - nicht umgesetzt wird, ist dringend durchzusetzen, damit nicht wertvolles Regenwasser einfach in die Kanalisation abfließt.

Übereinstimmung

8. Welche politischen Maßnahmen wollen Sie treffen, um den Verbrauch von Trinkwasser deutlich zu senken?

Antwort: Die Zweckentfremdung von Trinkwasser zu Reinigungsmaßnahmen oder für Beregnungszwecke muss durch eine kommunale Satzungsänderung untersagt werden. Stattdessen sind die in der Antwort zu Frage 7 genannten Regenwasserreservoirs dafür zu nutzen.

Teilweise Übereinstimmung: Andere als die genannten Verbräuche von privater Seite werden nicht adressiert.

9. Wie wollen Sie die Kleingartenflächen als wichtige Frischluftschneisen, CO₂-Senken und Klimaoasen sowie Erholungsorte stark verdichteter Wohngebiete dauerhaft sichern?

Antwort: Die geplante Zerstörung von 450 Kleingärten durch einen Straßenbahnanschluss an die MHH ist strikt abzulehnen. Der erforderliche Bahnanschluss muss an den Kleingärten vorbeigeführt werden, auch wenn es teurer ist. Kleingartenflächen dürfen weder zugebaut noch versiegelt werden.

Teilweise Übereinstimmung: Der Position stimmen wir zu. Aussagen zu den übrigen hannoverschen Kleingärten fehlen aber.

Energiewende

10. Wie soll der Ausbau von Photovoltaik – besonders auf kommunalen und großen gewerblichen Gebäuden sowie Parkplätzen – beschleunigt werden?

Antwort: Um weitgehend energieautark zu werden, ist der Photovoltaikausbau deutlich zu verstärken. Durch kommunale Satzungsbestimmungen kann dies verpflichtend für Gewerbegebäude und Parkplätze erreicht werden. Aber auch Lärmschutzwände sollten mit Solaranlagen versehen werden.

Teilweise Übereinstimmung: Aussagen zu kommunalen Immobilien und zu privaten Wohngebäuden fehlen.

11. Welche Anreize braucht es, damit private und gewerbliche Eigentümerinnen und Eigentümer PV-Anlagen und Speicher installieren?

Antwort: Trotz der Kürzungssorgie der jetzigen Bundesregierung gegenüber alternativen Energien kann kommunal gegengesteuert werden. Ein kommunales Förderprogramm für Solaranlagen nicht nur für Eigenheime, sondern auch für Mehrfamilienhäuser, wo die Mieter*innen dann finanziell an dem eingespeisten Solarstrom profitieren können (das sog. Mieter*innenstrom-Modell), ist ein Schritt hin zu einer energieautarken Kommune.

Teilweise Übereinstimmung: Vorschläge für Eigentümer von Gewerbeimmobilien fehlen.

12. Welche Schritte schlagen Sie vor, um klimafreundliche, dezentrale Heizmöglichkeiten zu fördern und dort, wo es möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, Wärmenetze auszubauen und Abwärme von Betrieben mit einzuspeisen?

Antwort: Ergänzend zu den Antworten zu den Fragen 10 und 11 ist das dezentrale Wärmenetz auszubauen auch in Bereichen, in denen es von Enercity (noch) nicht als wirtschaftlich angesehen wird. Gewerbebetriebe müssen vom Land verpflichtet werden, Abwärme nicht nach außen abzugeben, sondern in kommunale Wärmenetze einzuspeisen.

Das gilt auch für Rechenzentren mit ihrer massiven Wärmeerzeugung. Der Ausbau der Wärmenutzung aus der MVA Lahe kommt viele Jahre zu spät, erst jetzt sollen weitere Abwärmemengen in die kommunalen Netze eingespeist werden. Aus Kläranlagen kann zusätzliche Nahwärme für angrenzende Siedlungen gewonnen werden.

Übereinstimmung

13. Mit welchen Maßnahmen kann der zu erwartende Anstieg des Stromverbrauchs begrenzt werden?

Antwort: Ein massiver Anstieg des Stromverbrauches durch Rechenzentren und KI in den nächsten Jahren droht, er ist aber nicht zwangsläufig. Durch Energieeinspeisung aus Photovoltaikanlagen, kommunalen oder genossenschaftlichen Windenergieanlagen oder auch durch Erdwärme kann ein Großteil kompensiert werden. Wenn Strom als teure Heizungsart ganz ersetzt werden kann, ist dies ein wesentlicher Beitrag zur Reduzierung des Stromverbrauches.

Teilweise Übereinstimmung: Die Ideen sind zwar sinnvoll, werden aber den zu erwartenden Anstieg nicht begrenzen.

Stadtentwicklung

14. Wie wollen Sie das Ziel von Bundes- und Landesregierung erreichen, bis 2050 den Nettoflächenverbrauch auf Null zu reduzieren, wenn Wohnungsbau und das Einrichten von Gewerbeflächen weiterhin wie bisher mit ungebremsster Flächenversiegelung einhergehen?

Antwort: Hier bedarf es rigoroser kommunaler Vorgaben. Stichworte: keine Ausweisung von Gewerbe- und Wohnflächen im unbebauten Außenbereich mehr, stattdessen Nutzung brachliegender Industrie- und Wohnflächen und Neubau nur auf bereits versiegelten Flächen in der Stadt. Auch auf den Bau neuer Straßen oder die Verbreiterung bestehender Autostraßen muss verzichtet werden.

Übereinstimmung

15. Wie lange soll noch weiter gebaut werden angesichts des kontinuierlichen Anstiegs der Wohnfläche (m²) pro Person?

Antwort: Zum einen gibt es in der LHH fast 10.000 Wohnungen, die aus Profitgründen längere Zeit leer stehen, um dann möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Zum anderen wird unsere Gesellschaft immer älter. Viele Ältere, deren Kinder das Haus längst verlassen haben, wohnen in großräumigen Häusern. Auf der anderen Seite wohnen viele wirtschaftlich nicht besonders gut gestellte Familien und Einzelpersonen in eng begrenzten Räumen, weil sie sich

die Miete für größere Räume nicht leisten können. Hier sollte die kommunale Wohnungsbaugesellschaft Wohnraumtauschmöglichkeiten organisieren, die beiden Seiten entgegenkommen und zudem den weiteren Bau von Wohnungen im Außenbereich nicht mehr erforderlich machen.

Übereinstimmung

16. Wo und wie könnte in Hannover ganz konkret alternativ Wohnraum geschaffen werden, ohne Flächen zu versiegeln oder Kleingärten zu bebauen, z.B. durch Umbaumaßnahmen im Bestand einschließlich Bürogebäude?

Antwort: Wir haben in Hannover viele leerstehende Wohn-, aber auch zahlreiche Büro- und Gewerbegebäude, die von ihren jeweiligen Eignern aus Profitgründen nicht für bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung gestellt werden und entsprechend umgebaut werden könnten. Da darf die Stadt nicht vor notwendigen Enteignungen zurückschrecken. Das Ihme-Zentrum bietet sich dafür ausdrücklich an.

Übereinstimmung

17. Welche guten Beispiele für eine nachhaltige Stadtentwicklung aus anderen europäischen Städten sind Ihnen bekannt, die auch für Hannover eine Chance sein könnten, wenn sie umgesetzt würden?

Antwort: Auf europäischer Ebene gibt es viele Förderprojekte für eine nachhaltige Stadtentwicklung, die auch Hannover nutzen könnte - wenn es die erforderlichen politischen Mehrheiten dafür geben würde. Das ist bisher noch nicht der Fall.

Dabei gibt es zahlreiche erfolgreiche Beispiele: Mehrere autofreie Stadtbezirke in Paris oder die vollständige autofreie Stadt Gent in Belgien. Die Zusammenarbeit von Green Cities wie Imola (Finnland) oder Bologna in Italien. 2030 werden weltweit voraussichtlich sechs von zehn Menschen in Städten leben. Städte müssen daher inklusiver, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gemacht werden. Wann beginnt damit auch Hannover ???

Übereinstimmung

Zivilgesellschaft und Grundsätzliches

18. Beabsichtigen Sie die Kürzungen der institutionellen Förderungen bei den hannoverschen Umweltverbänden zurückzunehmen?

Antwort: Diese Kürzungen im Umweltbereich, aber auch bei sozialen, kulturellen und migrantischen Initiativen sind nicht hinnehmbar und müssen schleunigst rückgängig gemacht werden. Diese ehrenamtlichen Tätigkeiten sind für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft unverzichtbar.

Übereinstimmung

19. Inwiefern ist materielles Wirtschaftswachstum angesichts von Klimawandel und Artenschwund noch verantwortbar?

Antwort: Gerade angesichts der drohenden Klimakatastrophe und der immer größer werdenden Weltbevölkerung müssen wir uns endlich von dem materiellen Wirtschaftswachstum verabschieden, das vorrangig den Reichen und Superreichen zugute kommt, das Milliarden von Menschen in die Armut treibt und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zerstört. Wir wollen ein qualitatives Wachstum, das allen Menschen zugute kommt, die Umwelt schont und weitgehend auf die sinnvolle Wiederverwertung von Materialien und eine alternative Energieversorgung setzt.

Übereinstimmung

20. Welche Alternativen gibt es, um nachhaltiges Wirtschaften in Hannover zu etablieren?

Antwort: In Stichworten: Nutzung von alternativen umweltfreundlichen Energien, kommunale Energieversorgung statt Abhängigkeit von Energiekonzernen, Recyclingquoten massiv ausbauen, Müllvermeidungsstrategien (Z.B. durch Ausweitung von Pfandsystemen im Gewerbe- und Gaststättenbereich) sowie eine deutlich bessere Mülltrennung.

Für all diese Maßnahmen gibt es europäische und auch bundesdeutsche Förderinstrumente, die aber auch genutzt werden müssen.

Übereinstimmung

21. Ist die private Freiheit (die umweltschädliches Verhalten ermöglicht) höher einzuschätzen als die soziale Verantwortung des Handelns auch in Hinblick auf die kommenden Generationen?

Antwort: Eindeutig NEIN!! Wir können nur gemeinsam die drohende Klimakatastrophe verhindern. Soziales Handeln ist für den Bestand einer sozialen Gesellschaft unverzichtbar. Wir dürfen unseren Kindern und Enkeln keine kaputte Welt und Gesellschaft überlassen.

Übereinstimmung

22. Welche Maßnahmen planen Sie, um das Umweltbewusstsein der Bevölkerung und nachhaltiges Handeln zu stärken?

Antwort: Spätestens die Hitzeperioden in diesem Jahr sowie die Starkregenfälle haben dafür gesorgt, dass den meisten Menschen jetzt hoffentlich klar geworden ist, dass wir, wenn wir unser aller Verhalten nicht grundsätzlich und zügig ändern, eine Klimakatastrophe nicht mehr aufhalten können. Schon Friedrich Engels sagte vor rund 200 Jahren: „Schmeicheln wir uns

nicht zu sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns.“

Teilweise Übereinstimmung: Es bleibt offen, wie dieser Mentalitätswechsel geschehen soll bzw. was die Partei unternehmen will, um ihn zu fördern.

Antworten Die PARTEI KV Region Hannover

Verkehr

1. *Was werden Sie konkret tun, um den Fußverkehrsanteil und den Radverkehrsanteil in Ihrer Amtszeit erheblich zu steigern?*

Antwort: Ich werde noch mehr zu Fuß gehen und Rad fahren. Bei Regen nutze ich aber weiterhin Bus und Bahn. Viele bei der PARTEI sind ohne Auto unterwegs. Diese Vorbildfunktion möchte ich weiter ausbauen.

Extra-Citymaut für Elterntaxis und SUVs wäre wünschenswert, aber wird mit den zukünftigen Mehrheiten im Rat wahrscheinlich nicht zu machen sein.

Teilweise Übereinstimmung: Der Tenor deckt sich mit unseren Positionen, aber nur SUVs zu adressieren wird nicht ausreichen.

2. *Unterstützen Sie unsere Forderung: „Sanierung des Westschnellwegs im Bestand“? Welche Möglichkeiten gibt es, ohne Verbreiterung auf dem Schnellweg den Verkehr flüssig und sicher fließen zu lassen und zugleich die Anforderungen an die Vorgaben für eine Bundesstraße einzuhalten?*

Antwort: Ja.

Zur der Frage: Weniger Verkehr durch besseren ÖPNV könnte das Problem abmildern. Deutlich bessere Finanzierung von ÖPNV-Maßnahmen dürfte aber mit der aktuellen Bundes- und Landesregierung nicht zu machen sein.

Übereinstimmung

3. *Welche konkreten Pläne haben Sie, um den motorisierten Individualverkehr in der Innenstadt zu reduzieren und zugleich den Menschen ein schnelles und bequemes Erreichen der City zu ermöglichen?*

Antwort: Wie beim SyltShuttle werden Autos mit der ÜSTRA ins Stadtzentrum befördert.

Schneller und bequemer geht es kaum. Die Menschen lieben Autos, wenn ich gewählt werden will, kann ich das nicht komplett verbieten, sorry.

Alternativ versuchen wir das mit der ÜSTRA erstmal ohne Autos, nur durch bessere Taktung und Netzausbau. Aber: siehe Antwort zu Frage 2.

Übereinstimmung

4. *Welche konkreten Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität unterstützen Sie?*

Antwort: E-Bikes und E-Lastenräder sollten mehr im Leasing angeboten werden, oder als Firmenfahrzeuge. E-Roller sind leider unnötig und müssen verboten werden. E-Autos sind immer noch Autos, daher setze ich meinen Fokus auf erstgenannte Fortbewegungsmittel.

Für die körperliche Fitness empfehle ich aber ab und zu mal ein herkömmliches Fahrrad.

Übereinstimmung

Klimafolgenanpassung

5. *Das Programm zu Dach- und Fassadenbegrünung und Entsiegelung der Stadt ist ins Stocken geraten: Was wollen Sie tun, um mehr Anreize zu schaffen, damit mehr Fassaden in Hannover begrünt und Flächen entsiegelt werden?*

Antwort: Bürokratieabbau und Subventionen von grüner Farbe. Den Menschen mehr Moos geben.

Keine Übereinstimmung: Es werden keine wirksamen Anreize genannt.

6. *Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die hannoverschen Fußwege, Radwege und Straßen stärker zu begrünen? Welche Beispiele dafür sind Ihnen dafür aus anderen Städten, auch im Ausland, bekannt?*

Antwort: Für's Erste: weniger Rasen mähen, Bäume ungehindert wachsen lassen. Dann wuchert das schön alles zu. Wenn Punkt 3 erfolgreich durchgesetzt wurde, können wir über Verringerung der Fahrspuren reden.

Keine Übereinstimmung: Es werden keine zielführenden Maßnahmen genannt.

7. *Welche Möglichkeiten zur Zurückhaltung und Nutzung von Regenwasser planen Sie?*

Antwort: Regenwasser ist leider zukünftig nicht mehr in erwähnenswerter Menge zu erwarten.

Keine Übereinstimmung

8. *Welche politischen Maßnahmen wollen Sie treffen, um den Verbrauch von Trinkwasser deutlich zu senken?*

Antwort: Erstens: Bier subventionieren. Zweitens: mehr Homeoffice ermöglichen = weniger duschen. Drittens: Wasser beim Zähneputzen laufen zu lassen wird verboten. Viertens: Autos abschaffen = kein Auto waschen = weniger Wasserverbrauch

Teilweise Übereinstimmung: Den Tenor teilen wir, die konkreten Maßnahmen sind jedoch weniger zielführend.

9. *Wie wollen Sie die Kleingartenflächen als wichtige Frischluftschneisen, CO₂-Senken und Klimaoasen sowie Erholungsorte stark verdichteter Wohngebiete dauerhaft sichern?*

Antwort: Neubauprojekte unter die Erde (Straßen, Bahnen, Häuser). Da ist es auch viel kühler und weniger UV-Strahlung.

Keine Übereinstimmung

Energiewende

10. Wie soll der Ausbau von Photovoltaik – besonders auf kommunalen und großen gewerblichen Gebäuden sowie Parkplätzen – beschleunigt werden?

Antwort: Geld

Teilweise Übereinstimmung: Geld alleine wird nicht ausreichen. Es braucht auch Wille und Vorgaben.

11. Welche Anreize braucht es, damit private und gewerbliche Eigentümerinnen und Eigentümer PV-Anlagen und Speicher installieren?

Antwort: Geld

Teilweise Übereinstimmung: Geld alleine wird nicht ausreichen. Es braucht auch Wille und Vorgaben.

12. Welche Schritte schlagen Sie vor, um klimafreundliche, dezentrale Heizmöglichkeiten zu fördern und dort, wo es möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, Wärmenetze auszubauen und Abwärme von Betrieben mit einzuspeisen?

Antwort: Politische Mehrheiten schaffen, Fördermittel generieren, Ausbau planen, Netzausbau. Leider wird es beim ersten Punkt schon scheitern.

Mehr Kuschelpartys; diese als Wärmequelle anerkennen. Das macht warm und fördert das Miteinander. Millennials stehen da drauf.

Übereinstimmung

13. Mit welchen Maßnahmen kann der zu erwartende Anstieg des Stromverbrauchs begrenzt werden?

Antwort: Nutzung von KI zum privaten Vergnügen und zum Schreiben von Antworten auf umfangreiche Fragenkataloge verbieten. Rechtsextreme Parteien und jene, die sie unterstützen, bekommen gar keinen Strom mehr.

Teilweise Übereinstimmung: Den Tenor teilen wir, aber eine Einschränkung der KI-Nutzung alleine wird nicht ausreichen.

Stadtentwicklung

14. Wie wollen Sie das Ziel von Bundes- und Landesregierung erreichen, bis 2050 den Nettoflächenverbrauch auf Null zu reduzieren, wenn Wohnungsbau und das Einrichten von Gewerbeflächen weiterhin wie bisher mit ungebremsster Flächenversiegelung einhergehen?

Antwort: Höher bauen, besonders auf Supermärkten. Ansonsten siehe Antwort zu Frage 9.

Übereinstimmung

15. Wie lange soll noch weiter gebaut werden angesichts des kontinuierlichen Anstiegs der Wohnfläche (m²) pro Person?

Antwort: Durch steigende Mieten wird sich die Wohnfläche pro Person kontinuierlich verringern. Der Markt regelt das. Menschen werden älter und Wohnfläche pro Person ist in Seniorenheimen generell weniger, besonders, wenn man in der Rente noch aufstocken muss.

Keine Übereinstimmung

16. Wo und wie könnte in Hannover ganz konkret alternativ Wohnraum geschaffen werden, ohne Flächen zu versiegeln oder Kleingärten zu bebauen, z.B. durch Umbaumaßnahmen im Bestand einschließlich Bürogebäude?

Antwort: Die Innenstadt kämpft mit immer mehr Leerstand. Gewerbemieten sind eh viel zu hoch, eine Umwandlung in Wohnraum kann hier helfen.

Schützenplatz bebauen. So eine große Fläche für zwei, drei mittelmäßige Veranstaltungen im Jahr vorzuhalten ist heutzutage halt einfach nicht mehr drin. Außerdem sind Schlösser idealer Wohnraum und zuhauf vorhanden.

Teilweise Übereinstimmung: Bis auf die Bebauung des Schützenplatzes werden sinnvolle Ideen genannt.

17. Welche guten Beispiele für eine nachhaltige Stadtentwicklung aus anderen europäischen Städten sind Ihnen bekannt, die auch für Hannover eine Chance sein könnten, wenn sie umgesetzt würden?

Antwort: Danke für diese Volt-Frage! Neubauprojekte unter die Erde! Stuttgart 21 ist ein tolles Beispiel, aber auch neue U-Bahn-Linien wie z.B. in Kopenhagen (muss man sich halt leisten wollen). Mit uns bekommen Sie die D-Linie!

Teilweise Übereinstimmung: Kopenhagen ist ein sinnvolles Beispiel, die anderen halten wir für zweifelhaft.

Zivilgesellschaft und Grundsätzliches

18. Beabsichtigen Sie die Kürzungen der institutionellen Förderungen bei den hannoverschen Umweltverbänden zurückzunehmen?

Antwort: Ja.

Übereinstimmung

19. Inwiefern ist materielles Wirtschaftswachstum angesichts von Klimawandel und Arten-schwund noch verantwortbar?

Antwort: Gar nicht.

Übereinstimmung

20. Welche Alternativen gibt es, um nachhaltiges Wirtschaften in Hannover zu etablieren?

Antwort: Der politische Wille fehlt, daher wird das nichts. Förderung von z.B. Unverpacktläden (Verpackungssteuer!) und mehr Aufklärung hätte so manches gute Projekt bestimmt am Leben gehalten.

Teilweise Übereinstimmung: Den Tenor unterstützen wir, die genannten Maßnahmen werden jedoch nicht ausreichen.

21. Ist die private Freiheit (die umweltschädliches Verhalten ermöglicht) höher einzuschätzen als die soziale Verantwortung des Handelns auch in Hinblick auf die kommenden Generationen?

Antwort: Mehr Verbote wagen! Freiheit könnten die meisten Menschen gar nicht vertragen.

Zustimmung: Wir bevorzugen Maßnahmen, die auf Freiwilligkeit setzen. Als letzte Möglichkeiten müssen jedoch auch Verbote denkbar sein.

22. Welche Maßnahmen planen Sie, um das Umweltbewusstsein der Bevölkerung und nachhaltiges Handeln zu stärken?

Antwort: siehe (mindestens) Antworten zu Fragen 8, 10, 11, 18 und 21

Zustimmung: Bildung und Aufklärung müssten unserer Meinung nach explizit genannt werden.

Antworten Volt Team Hannover

Partei: Team Hannover von Volt Deutschland Landesverband Niedersachsen

Link zum Kommunalwahlprogramm 2026:

<https://voltdeutschland.org/hannover/programm/programme/kommunalwahlprogramm-hannover-2026>

Verkehr

1. Was werden Sie konkret tun, um den Fußverkehrsanteil und den Radverkehrsanteil in Ihrer Amtszeit erheblich zu steigern?

Antwort: Um den Fuß- und Radverkehrsanteil zu steigern, setzt Volt Hannover auf eine bauliche Trennung der Verkehrsarten und den Ausbau sicherer Infrastrukturen nach internationalen Vorbildern. Für den Radverkehr soll das Netz durch überregionale Velo-Routen in die Regionsgemeinden und strategische Querverbindungen erweitert werden, ergänzt durch beleuchtete Radschnellwege, intelligente Ampelschaltungen mit Induktionsschleifen sowie moderne Fahrradparkhäuser und ein smartes E-Bike-Sharing-System. Den Fußverkehr fördert Volt parallel durch die barrierefreie Optimierung von Gehwegen nach dem „Hannover-Standard“, die sofortige Pflasterung nach Baumaßnahmen sowie die Einführung von sogenannten Schlafampeln, eingebettet in das übergeordnete städtebauliche Konzept einer verkehrsberuhigten „15-Minuten-Stadt“ mit autoarmen Bereichen.

Übereinstimmung

2. Unterstützen Sie unsere Forderung: „Sanierung des Westschnellwegs im Bestand“? Welche Möglichkeiten gibt es, ohne Verbreiterung auf dem Schnellweg den Verkehr flüssig und sicher fließen zu lassen und zugleich die Anforderungen an die Vorgaben für eine Bundesstraße einzuhalten?

Antwort: Auch wenn Volt Hannover den Westschnellweg im Programm nicht explizit namentlich aufführt, unterstützt Volt die Ansätze zur Optimierung bestehender Hauptverkehrsachsen im Bestand, um den Durchgangsverkehr aus den Wohnquartieren fernzuhalten. Um den Verkehr auch ohne eine Verbreiterung flüssig und sicher fließen zu lassen und gleichzeitig die Bundesstraßen-Vorgaben zu erfüllen, setzt Volt auf den verstärkten Einsatz von Smart-City-Anwendungen wie intelligenten, digital gesteuerten Ampel- und Leitsystemen zur effizienten Kapazitätsausnutzung. Zudem will Volt den motorisierten Individualverkehr insgesamt durch den massiven Ausbau attraktiver Alternativen wie Park-&-Ride-Modellen entlasten, um den Pendeldruck auf den Schnellwegen effektiv zu senken.

Übereinstimmung, wenn auch etwas vage

3. Welche konkreten Pläne haben Sie, um den motorisierten Individualverkehr in der Innenstadt zu reduzieren und zugleich den Menschen ein schnelles und bequemes Erreichen der City zu ermöglichen?

Antwort: Um den motorisierten Individualverkehr in der Innenstadt zu reduzieren und gleichzeitig eine schnelle, bequeme Erreichbarkeit zu gewährleisten, plant Volt Hannover, den Bereich innerhalb des Cityrings schrittweise weitgehend autoarm zu gestalten und oberflächlichen Parkplätze konsequent zurückzubauen. Den Umstieg auf umweltfreundliche Alternativen erleichtert Volt durch den Ausbau von gut ausgestatteten Mobilitätshubs an den Stadträndern, die mit attraktiven Park-&-Ride-Kombitickets (bei denen die Parkgebühr direkt als ÖPNV-Fahrkarte gilt) und einem flächendeckenden, intelligenten E-Bike- und E-Scooter-Sharing-Netzwerk verknüpft werden. Zudem beschleunigt Volt den Weg in das Zentrum durch den gezielten Ausbau von sternförmig in die City führenden, beleuchteten Velo-Routen, die Bevorzugung des Radverkehrs an Ampeln sowie den Bau moderner Fahrradparkhäuser an zentralen Knotenpunkten, während der notwendige Lieferverkehr über zentrale Logistik-Hubs und emissionsarme Lastenräder stadtverträglich abgewickelt wird.

Übereinstimmung, aber zur Fokussierung auf elektrische Zweiräder gibt es bessere Alternativen

4. Welche konkreten Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität unterstützen Sie?

Antwort: Zur Förderung der Elektromobilität treibt Volt Hannover den kontinuierlichen Ausbau der Ladeinfrastruktur gezielt voran und forciert die Beschaffung neuer Elektrobusse, um die städtische Busflotte im öffentlichen Personennahverkehr leiser, umweltfreundlicher und kosteneffizienter zu erneuern. Darüber hinaus unterstützt Volt im Automobilbereich konsequent nachhaltige Antriebe und verknüpft die Elektromobilität im Rahmen der eigenen Smart-City-Strategie eng mit dem Radverkehr, sowie den Aufbau eines kommunal beteiligten, bestenfalls genossenschaftlich organisierten „Smart E-Bike-Sharing“-Systems mit E-Bike-Stationen an allen S-Bahnhöfen und zentralen Knotenpunkten in der gesamten Stadt und Region.

Übereinstimmung

Klimafolgenanpassung

5. Das Programm zu Dach- und Fassadenbegrünung und Entsiegelung der Stadt ist ins Stocken geraten: Was wollen Sie tun, um mehr Anreize zu schaffen, damit mehr Fassaden in Hannover begrünt und Flächen entsiegelt werden?

Antwort: Volt Hannover setzt sich dafür ein, die Förderrichtlinie für Dach- und Fassadenbegrünung in der Region Hannover dauerhaft zu erhalten. So entstehen mehr grüne, kühlende

Flächen, die Artenvielfalt fördern, Regenwasser speichern und Hannover lebenswerter machen.

Frage zu oberflächlich beantwortet

6. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die hannoverschen Fußwege, Radwege und Straßen stärker zu begrünen? Welche Beispiele dafür sind Ihnen dafür aus anderen Städten, auch im Ausland, bekannt?

Antwort: Um die hannoverschen Fußwege, Radwege und Straßen stärker zu begrünen, schlägt Volt Hannover vor, bestehende versiegelte Flächen konsequent zurückzubauen, Freiräume für die Natur zu schaffen, indem unter anderem oberirdische Autoparkplätze in öffentliche Grünstreifen umgewandelt werden. Volt Hannover fordert die gezielte Anlage von artenreichen Blühwiesen und Baumreihen entlang der Verkehrswege sowie die Errichtung von sogenannten „Tiny Forests“ auf städtischen Restflächen, um das lokale Mikroklima zu verbessern und urbane Hitzeinseln abzumildern.

Übereinstimmung

7. Welche Möglichkeiten zur Zurückhaltung und Nutzung von Regenwasser planen Sie?

Antwort: Zur Zurückhaltung und Nutzung von Regenwasser plant Volt Hannover die konsequente Umsetzung des Schwammstadt-Prinzips nach dem erfolgreichen Vorbild Kopenhagens, um Niederschläge als wertvolle Ressource vor Ort im natürlichen Kreislauf zu halten, statt sie ungenutzt in die Kanalisation abzuleiten. Hierzu soll die natürliche Senkenleistung der Böden durch gezielte Entsiegelungsmaßnahmen massiv gesteigert und durch den Rückbau oberflächlicher Autoparkplätze neue grüne Oasen geschaffen werden.

Übereinstimmung

8. Welche politischen Maßnahmen wollen Sie treffen, um den Verbrauch von Trinkwasser deutlich zu senken?

Antwort: Zur Reduzierung des Trinkwasserverbrauchs setzt Volt Hannover auf ein vorausschauendes und ressourcenschonendes Wassermanagement im Rahmen einer klimaresilienten Stadtplanung. Ein zentraler politischer Hebel ist dabei die konsequente Etablierung des Schwammstadt-Prinzips, bei dem Regenwasser lokal aufgefangen, gespeichert und gezielt zur Kühlung, Bewässerung und zur Steigerung der natürlichen Senkenleistung der Böden genutzt wird. Durch diese systematische Nutzung von Niederschlägen vor Ort kann der Bedarf an kostbarem Trinkwasser für die städtische Infrastruktur und die Bewässerung von Grünflächen drastisch gesenkt werden. Zudem unterstützt Volt Hannover den gezielten Umbau der kommunalen Wälder zu Mischbeständen, um die natürliche Grundwasserneubildung langfristig zu stärken und die regionalen Wasserreserven nachhaltig zu sichern.

Teilweise Übereinstimmung: Zwar überzeugen die genannten Maßnahmen, eine Konzeption bezüglich des privaten Wasserverbrauchs fehlt jedoch.

9. Wie wollen Sie die Kleingartenflächen als wichtige Frischluftschneisen, CO₂-Senken und Klimaoasen sowie Erholungsorte stark verdichteter Wohngebiete dauerhaft sichern?

Antwort: Volt Hannover setzt sich dafür ein, dass die Entstehung und der Erhalt von Klein- und Gemeinschaftsgärten aktiv gefördert werden. Sie schaffen Orte der Begegnung, stärken das Umweltbewusstsein und fördern regionale sowie nachhaltige Ernährung. Gleichzeitig tragen sie durch Entsiegelung und Begrünung zur Schwammstadt Strategie bei und bieten wertvolle Erholungsräume im urbanen Umfeld.

Frage zu oberflächlich beantwortet: Ideen zur langfristigen Sicherung der Kleingärten fehlen.

Energiewende

10. Wie soll der Ausbau von Photovoltaik – besonders auf kommunalen und großen gewerblichen Gebäuden sowie Parkplätzen – beschleunigt werden?

Antwort: Volt Hannover fordert, Photovoltaik-Anlagen vermehrt auf Dächer und Hausfassaden zu bauen, um das Potenzial der erneuerbaren Stromerzeugung auszuschöpfen. Bestandsgebäude werden möglichst flächendeckend, öffentliche Gebäude vollständig mit Photovoltaik-Anlagen ausgestattet. Zusätzlich wird der Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen unterstützt.

Teilweise Übereinstimmung: Die Ideen wirken etwas vage und Freiflächen-PV ist nur sinnvoll, wenn sie umwelt- und naturverträglich umgesetzt wird.

11. Welche Anreize braucht es, damit private und gewerbliche Eigentümerinnen und Eigentümer PV-Anlagen und Speicher installieren?

Antwort: Volt Hannover setzt bei der Energiewende unter anderem auf die Förderung von Bürger*innen-Energiegenossenschaften: Es sollen verstärkt Geschäfts- und Finanzierungsmodelle genutzt werden, bei denen sich die Bürger*innen an der lokalen Energiewende beteiligen und mit bestehenden Energiegenossenschaften zusammenarbeiten. Langfristig ist das ein Gewinn für das Klima und den Geldbeutel der Menschen der Region Hannover. Zudem setzt Volt auf das sogenannte Warmmietmodell: Dabei dürfen Sanierungsausgaben, die zu Energieeinsparungen führen, auf die Kaltmiete aufgeschlagen werden, solange die Warmmiete nicht steigt. Dadurch entsteht für Vermieter*innen ein finanzieller Anreiz zur Sanierung ihrer Wohnungen, ohne dass die Kosten für Mietende steigen. In Bottrop wird dieses Warmmietenmodell bereits angewandt. Dort werden deshalb jährlich rund 3 % aller Häuser energetisch saniert, zum Vergleich: im Bundesdurchschnitt sind es weniger als 1 %.

Übereinstimmung

12. Welche Schritte schlagen Sie vor, um klimafreundliche, dezentrale Heizmöglichkeiten zu fördern und dort, wo es möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, Wärmenetze auszubauen und Abwärme von Betrieben mit einzuspeisen?

Antwort: Um klimafreundliche, dezentrale Heizmöglichkeiten zu fördern und den Ausbau von Wärmenetzen voranzutreiben, setzt Volt Hannover auf eine integrierte und ganzheitliche Wärme- und Kälteplanung. Ein zentraler Schritt ist dabei die systematische Zusammenführung von Wärme- und Kälteinfrastrukturen, um gezielt Synergien zu nutzen, Abwärme von Betrieben effizient rückzugewinnen und einzuspeisen sowie fossile Einzelkühlsysteme zu vermeiden. Zur Förderung nachhaltiger dezentraler Optionen unterstützt Volt Hannover zudem die Erschließung und Nutzung geothermaler Energie in der Region und forciert hierfür die Durchführung von Erkundungsbohrungen.

Übereinstimmung

13. Mit welchen Maßnahmen kann der zu erwartende Anstieg des Stromverbrauchs begrenzt werden?

Antwort: Um den zu erwartenden Anstieg des Stromverbrauchs zu begrenzen, setzt Volt Hannover in erster Linie auf technologische Effizienzsteigerungen und die Reduzierung unnötiger Energieverbräuche im öffentlichen Raum. Eine konkrete Maßnahme ist die flächendeckende Ausweitung von „Smart Light“-Pilotprojekten zur intelligenten, bedarfsgerechten Beleuchtung von Straßen, Wegen, Plätzen und Gebäuden. Durch den Einsatz von dimmbaren LEDs und Bewegungssensoren wird Strom nur dann und dort verbraucht, wenn er tatsächlich benötigt wird, was den Energiebedarf ohne Sicherheitsverluste senkt. Darüber hinaus forciert Volt Hannover die energetische Sanierung von Gebäuden, insbesondere in städtischer Hand, sowie die strategische Zusammenführung von Wärme- und Kälteinfrastrukturen, um durch effiziente Abwärmenutzung und die Vermeidung fossiler Einzelkühlsysteme den allgemeinen Energie- und Stromverbrauch nachhaltig zu drosseln.

Teilweise Übereinstimmung: Der private Verbrauch wird zu unkonkret adressiert.

Stadtentwicklung

14. Wie wollen Sie das Ziel von Bundes- und Landesregierung erreichen, bis 2050 den Nettoflächenverbrauch auf Null zu reduzieren, wenn Wohnungsbau und das Einrichten von Gewerbeflächen weiterhin wie bisher mit ungebremsster Flächenversiegelung einhergehen?

Antwort: Um den Nettoflächenverbrauch trotz des Bedarfs an Wohn- und Gewerberaum auf Null zu reduzieren, setzt Volt Hannover konsequent auf Innenentwicklung statt Neuversiegelung. Im Wohnungsbau priorisiert sollen die Nachverdichtung durch Aufstockungen, das Schließen von Baulücken sowie die Umnutzung von gewerblichen Leerständen, während Gewerbeflächen zu flächeneffizienten, ökologischen Gewerbeparks weiterentwickelt werden

sollen. Unvermeidbare Neuversiegelungen müssen durch den gezielten Rückbau und die Entsiegelung kompensiert werden.

Teilweise Übereinstimmung: Gute und weniger gute Vorschläge werden genannt.

15. Der andauernde Wohnungsneubau führt kontinuierlich zu mehr qm Wohnraum pro Einwohner (die negativen Folgen sind bekannt). Was schlagen Sie vor, um diesen Trend zu stoppen?

Antwort: Keine Antwort

16. Wo und wie könnte in Hannover ganz konkret alternativ Wohnraum geschaffen werden, ohne Flächen zu versiegeln oder Kleingärten zu bebauen, z.B. durch Umbaumaßnahmen im Bestand einschließlich Bürogebäude?

Antwort: Zur alternativen Schaffung von Wohnraum ohne Neuversiegelung setzt Volt Hannover auf eine konsequente Innenentwicklung. Ein konkreter Schwerpunkt liegt auf der unbürokratischen Umnutzung leerstehender Geschäfts- und Büroräume zu Wohnraum, wofür eine kommunale Satzung zur verpflichtenden Meldung von Leerständen ab sechs Monaten eingeführt werden soll.

Übereinstimmung

17. Welche guten Beispiele für eine nachhaltige Stadtentwicklung aus anderen europäischen Städten sind Ihnen bekannt, die auch für Hannover eine Chance sein könnten, wenn sie umgesetzt würden?

Antwort: Volt Hannover setzt sich für eine zukunftsfähige und klimafreundliche Stadtentwicklung ein. Gute europäische Beispiele können hier Städte wie Utrecht für den Fahrradverkehr, Barcelona mit dem Konzept der Superblocks oder auch Paris mit dem Ausbau von autoarmen Stadtteilen sowie der Anpassung an die Klimaveränderungen sein.

Übereinstimmung

Zivilgesellschaft und Grundsätzliches

18. Beabsichtigen Sie die Kürzungen der institutionellen Förderungen bei den hannoverschen Umweltverbänden zurückzunehmen?

Antwort: Volt Hannover lehnt die Haushaltskürzungen bei den hannoverschen Umwelt- und Klimaschutzverbänden, sowie den sozialen und kulturellen Initiativen entschieden ab und fordert deren Rücknahme.

Für das Erreichen der Klimaziele und eine zukunftsfähige Stadtentwicklung ist die Expertise von Organisationen wie der BUND-Kreisgruppe oder der Klimaschutzagentur unverzichtbar.

Anstatt bewährte Strukturen und Kampagnen im Umweltbereich durch Einsparungen zu schwächen, müssen diese Institutionen als strategische Partner verlässlich gefördert werden.

Übereinstimmung

19. Inwiefern ist materielles Wirtschaftswachstum angesichts von Klimawandel und Artenschwund noch verantwortbar?

Antwort: Angesichts überschrittener planetarer Grenzen ist ein rein materielles, ressourcenintensives Wirtschaftswachstum für Volt nicht mehr verantwortbar; das politische Ziel muss ein konsequenter Wandel hin zu einer echten Kreislaufwirtschaft und qualitativem Wachstum sein. Im Sinne unseres gesamteuropäischen Programms setzen wir uns dafür ein, den Wohlstand vom Naturverbrauch zu entkoppeln, indem wir den Erfolg einer Gesellschaft nicht mehr primär am Bruttoinlandsprodukt (BIP) messen, sondern Indikatoren für Lebensqualität, soziale Gerechtigkeit und ökologische Resilienz in den Fokus rücken. Für Hannover bedeutet dies konkret, wirtschaftliche Aktivität lokal an den Klimaschutzziele auszurichten, den Flächen- und Ressourcenverbrauch durch zirkuläres Bauen und Innenentwicklung zu minimieren und gezielt Branchen zu stärken, die zur Transformation und zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen beitragen.

Übereinstimmung

20. Welche Alternativen gibt es, um nachhaltiges Wirtschaften in Hannover zu etablieren?

Antwort: Um nachhaltiges Wirtschaften in Hannover zu etablieren, setzt Volt auf eine konsequente Strukturreform hin zu einer echten Kreislaufwirtschaft, die durch die gezielte Unterstützung zirkulärer Geschäftsmodelle und zirkulären Bauens den Ressourcenverbrauch mit ökonomischen Handeln zu verbinden. Zudem sollten Wirtschaftsförderungen von sozialen und nachhaltigen Unternehmen in der Region von Hannover fokussiert werden.

Übereinstimmung

21. Ist die private Freiheit (die umweltschädliches Verhalten ermöglicht) höher einzuschätzen als die soziale Verantwortung des Handelns auch in Hinblick auf die kommenden Generationen?

Antwort: Mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24.03.2021 wurde dem Klimaschutz eine bedeutende Rolle zum Schutz der Freiheit junger sowie kommender Generationen gegeben. Im Zuge dessen steht der Klimaschutz über der individuellen Freiheit, sofern dies keine anderen Grundrechte beeinträchtigt.

Übereinstimmung

22. Welche Maßnahmen planen Sie, um das Umweltbewusstsein der Bevölkerung und nachhaltiges Handeln zu stärken?

Antwort: Volt Hannover fordert den gezielten Ausbau und die langfristige Stärkung der Klimaschutzagentur Region Hannover als zentraler Vermittler der lokalen Energiewende.

Teilweise Übereinstimmung: Es bleibt fraglich, ob die Klimaschutzagentur allein über die Kapazitäten verfügt, das Umweltbewusstsein und nachhaltiges Handeln in der Breite so stark wie erforderlich zu fördern.

Vielen Dank für die Bereitstellung der Wahlprüfsteine. Volt ist eine Partei, die sich mit vielen verschiedenen Themen und Positionen beschäftigt. Transparenz und Ehrlichkeit sind wichtige Werte unserer politischen Arbeit. Die Bearbeitung und Beantwortung ihrer Wahlprüfsteine hat uns weitere Anregungen gegeben, die wir nicht mehr in unser derzeitiges Kommunalwahlprogramm aufnehmen können. Daher werden wir ihre Wahlprüfsteine gerne für zukünftige Wahlprogramme nutzen.

Sollten Sie weitere Ideen und Anregungen haben, die wir in unsere politische Arbeit mit einfließen lassen können, teilen Sie uns diese gerne mit.